28. Montag den 3. Februar 1862. 28.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.

# Posener Zeitung.

Inserate (1¼ Sgr. für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum; Reklamen verhältnißmäßig höher) sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

## Amtliches.

**Berlin**, 2. Febr. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem Bergrath a. D. Liebeneiner zu Friedrichshütte im Kreise Beuthen, Regierungsbezirk Oppeln, den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife und dem Premier-Lieutenant Pirscher von der 1. Ingenieur-Inspektion die Rettungs-Medaille am Bande; ferner den Wagen-Fabrikanten Hooper u. C[illegible] zu London das Prädikat als Königliche Hof-Lieferanten zu verleihen.

Am Gymnasium zu Kolberg ist die Beförderung des ordentlichen Lehrers Sägert zum Oberlehrer genehmigt worden.

Am Gymnasium zu Bielefeld ist die Anstellung des Schulamts-Kandidaten Reibstein als ordentlicher Lehrer genehmigt worden.

Der Landgerichts-Assessor Joseph Humbroich zu Koblenz ist zum Advokaten im Bezirke des Königlichen Appellationsgerichtshofes zu Köln ernannt worden.

## Telegramme der Posener Zeitung.

**Brüssel**, Sonntag 2. Februar Vormitt. Die heutige „Indépendance" theilt mit, daß Thouvenel nach der Depesche Lavalette's, dem Papste die Versicherung gegeben habe, jedenfalls durch Aufrechthaltung der Okkupation das Prinzip der weltlichen Macht zu schützen. Dieselben Versicherungen sind dem Monsignor Chigi und in den Bureaus des Senats gegeben worden.

(Eingeg. 3. Februar 9 Uhr Vormittags.)

## Deutschland.

**Preußen.** ( Berlin, 2. Februar. [Vom Hofe; Verschiedenes.] Gestern hat der König sehr angestrengt gearbeitet. Vormittags ließ er sich die gewöhnlichen Vorträge halten und nahm alsdann die militärischen Meldungen und Monatsrapporte entgegen. Unter den Personen, die Mittags empfangen wurden, befanden sich der General v. Stockmar, Kommandeur des anhalt-dessau'schen Bundeskontingents, der am Freitag von Dessau hier eingetroffen ist und auch bereits dem Grafen Bernstorff seine Aufwartung gemacht hat, und der Graf Wilhelm Pourtalès, welcher die Orden des zu Paris verstorbenen Gesandten Grafen Pourtalès überbrachte. Die Wittwe ist schon seit einigen Tagen von Paris hier eingetroffen und wird bei uns einen längeren Aufenthalt nehmen. Nachmittags konferirte der König, im Beisein des Kronprinzen, mit den Ministern v. d. Heydt, Grafen Bernstorff und v. Roon. Auch der Staatsminister v. Auerswald wollte nach seiner Krankheit zum erstenmale wieder an dieser Konferenz theilnehmen, wurde aber am Freitag Abend plötzlich wieder so krank, daß er absagen lassen mußte, und nun wieder das Bett hütet. Mittags beglückwünschte der König, die Königin, die Mitglieder der königlichen Familie ꝛc. die Prinzessin Alexandrine zu ihrem Geburtstage; auch die Königin Elisabeth und die Großherzogin Alexandrine von Mecklenburg-Schwerin machten der Prinzessin einen Gratulationsbesuch. Nachmittags 5 Uhr war im Palais des Prinzen Albrecht zur Feier des Tages große Tafel, an der auch die hier anwesenden fürstlichen Familien und die bei den Garde-Regimentern stehenden fremden Prinzen erschienen. Der König brachte das Hoch auf die Prinzessin Alexandrine und auf seine Schwester die Prinzessin Friedrich der Niederlande aus, welche gestern ebenfalls in Haag ihr Geburtsfest beging. Als die Majestäten, nach Aufhebung der Tafel, in ihr Palais zurückkehrten, führten die Vorreiter Fackeln. Abends erschien der Hof, mit Ausnahme der Kronprinzessin, auf dem Subskriptionsballe im Opernhause; derselbe war sehr glänzend und von der Elite der Gesellschaft besucht. Der Ball dauerte bis 2 Uhr. Gleich nach dem Schluß waren hunderte von Arbeitern beschäftigt, das Theater wieder so herzustellen, daß heute Abend gespielt werden kann.

Heute Vormittags wohnten der König, die Königin, die Königin-Wittwe, die Großherzogin Mutter von Mecklenburg-Schwerin, die Prinzen Karl und Alexander dem Gottesdienste im Dome bei. Mittags empfing der König einige Militärs und andere hochgestellte Personen und nahm darauf den Vortrag des Handelsministers v. d. Heydt entgegen. Nachmittags machten die hohen Herrschaften eine längere Spazierfahrt und ergingen sich bei dem herrlichen Wetter auf der Promenade am neuen Kanal. An der Familientafel nahmen auch der Prinz August von Württemberg, der Prinz Wilhelm von Baden, der Prinz Heinrich von Hessen, der Herzog Wilhelm von Mecklenburg-Schwerin ꝛc. theil. — Die Frau Kronprinzessin will am 10. d. Mts. auf längere Zeit zum Besuche ihrer Mutter nach England gehen. Zur Fahrt nach Calais soll der königliche Salonwagen benutzt werden, der noch einige Einrichtungen zur Bequemlichkeit erhalten wird. Die hohe Frau wird die Reise nicht ununterbrochen fortsetzen, sondern Stationen machen; die erste soll Hannover sein. — Berührt der Prinz von Wales auf seiner Reise nach dem Orient Berlin nicht, so trifft er unterwegs mit seiner Schwester zusammen, oder verschiebt seine Abreise bis zu deren Ankunft in Osborne. — Der Kronprinz begab sich gestern Mittags, nach dem Gratulationsbesuche bei der Prinzessin Alexandrine, in das auswärtige Amt und hatte dort mit dem Grafen Bernstorff eine Unterredung, die eine volle Stunde dauerte. Vom Grafen Bernstorff ging der Kronprinz zu Herrn v. Auerswald. — Das Erkenntniß gegen die Offiziere v. Sobbe und Putzki liegt gegenwärtig dem Könige zur Entscheidung vor. Der Premierlieutenant v. Sobbe ist übrigens nicht zu 5, sondern zu 7½ Jahren Festungsarrest verurtheilt. In Folge der heftigen Polemik, welche dieser beklagenswerthe Vorfall veranlaßt hat, haben sich viele höhere Militärs für die Oeffentlichkeit der Kriegsgerichte ausgesprochen. Auch die Auditeure sollen der Oeffentlichkeit des Verfahrens das Wort reden. — Der aus Posen hierher gebrachte Redakteur des „Dziennik poznanski", Herr Jagielski, sitzt in der Hausvogtei und hat bereits mehrere Verhöre zu bestehen gehabt, über deren Resultat aber natürlich nicht das Geringste laut wird.

— [Zur Bundesreformfrage.] Das offizielle „Dr. Journ." bringt in zwanzig Spalten die (schon telegr. erwähnte) vollständige Sammlung der in der deutschen Bundesreformfrage ergangenen Schriftstücke. Dieselben beginnen mit drei Depeschen des Ministers v. Beust an den sächsischen Gesandten in Wien v. Könneritz vom 10., 12. und 22. November v. J. Das Wesentlichste aus diesen Schriftstücken ist vielfach mitgetheilt und darf als bekannt vorausgesetzt werden. Die erste Depesche setzt weitläufig die Vorverhandlungen mit dem Wiener Kabinet und denjenigen mittelstaatlichen Regierungen auseinander, mit denen das königlich sächsische Kabinet „seit Jahren in den engsten Beziehungen" steht, bevor man das Reformprojekt der preußischen Regierung einreichte. Herr v. Beust stellt ferner die in fünf Punkten formulirten bekannten Einwendungen des Wiener Kabinets gegen sein Reformprojekt zusammen und kommt in den folgenden Schriftstücken zu einer sehr umfangreichen Beleuchtung seines Standpunktes gegenüber jenen Einwürfen. Neben diesen Depeschen erscheint nun auch, seltsamer Weise lange Zeit, nachdem das Publikum die Entgegnungen kennen gelernt hat, im Wortlaut der erste Entwurf des sächsischen Bundesreformprojektes nebst der ihn begleitenden Denkschrift vom 15. Oktober in einem Nachtrage vom 20. November v. J. zur Veröffentlichung, endlich schließen die Schriftstücke mit den Antworten Preußens und Oestreichs auf den sächsischen Vorschlag.

— [Flottenangelegenheit.] Der „Zeit" wird von hier geschrieben: Vor längerer Zeit machte ich Ihnen die Mittheilung, daß im Marineministerium ein Plan vorbereitet sei, wonach unsere Flotte in einer fünfzehnjährigen Gründungsperiode auf die Stärke einer Marine zweiten Ranges gebracht werden sollte. Dieser Plan ist seitdem in mehreren Beziehungen in erfreulicher Weise verändert worden. Zunächst ist der früher festgesetzte Zeitraum der Gründung sehr erheblich verkürzt, so daß wir hoffen dürfen, wenn der Plan in allen betreffenden Instanzen zur Annahme gelangt, daß wir in einer gar nicht fernen Zeit in den Stand gesetzt sein werden, den vereinigten skandinavischen Seekräften die Spitze zu bieten. Ferner sind über die Art des Baues der Schiffe die neuesten in England und Frankreich gemachten Erfahrungen zu Rathe gezogen. Zu dem letzteren Behuf war hier im Dezember der Admiralitätsrath zu Berathungen versammelt; es wurde beschlossen künftighin eiserne Schiffe zu bauen, was abgesehen von den übrigen Vorzügen auch finanzielle Vortheile hat. Ein Kanonenboot z. B., welches nach der bisherigen Bauart 50,000 Thaler kostet, erfordert aus Eisen gebaut nur etwa 30,000 Thaler. Man hat sich hier und da verwundert, daß die Regierung noch nicht speziel die Zwecke angegeben habe, wofür sie die Summe der eingegangenen freiwilligen Flottenbeiträge verwenden wolle, und daß sie die Hand zum Verbrauch derselben für den Schiffsbau noch nicht angelegt habe. In der Nothwendigkeit, die neuesten Erfahrungen für den Schiffsbau zu verwerthen, wird man hauptsächlich die Ursache jener Verzögerung zu suchen haben. Uebrigens ist der Marineplan eben jetzt in das Stadium der Berathungen im Staatsministerium getreten.

**Eydtkuhnen**, 1. Februar. [Grenzplackereien.] Die früher gehegten Hoffnungen, daß die Zollmaaßregeln an der Grenze nach hergestellter Eisenbahnverbindung eine liberalere Auslegung russischer Seits finden würden, haben sich nur zum geringeren Theile bestätigt. Man vernimmt noch oft Klagen über unnöthige Plackereien Seitens der Zollbeamten und über gar zu mechanische Auffassung der bestehenden Vorschriften bei Behandlung der die Grenze passirenden Güter. Mehr zu beklagen ist jedoch der dadurch entstehende Zeitaufwand, welcher den internationalen Verkehr zu gar keiner Blüthe kommen läßt. Eine schnellere zollamtliche Behandlung sowohl russischer als auch preußischer Seits liegt im wesentlichen Interesse des handeltreibenden Publikums und es muß auf sie sobald als möglich hingewirkt werden. Die strikte Einhaltung der rigorosen Zollbestimmungen soll auch Ursache gewesen sein, daß eine direkte Ueberführung der Päckereien der preuß. Postverwaltung nach Rußland nicht eingeführt ist, wie sie auch nach außerhalb des Zollvereins belegenen Staaten, wie beispielsweise nach Oestreich, bestehen soll und im Plane Preußens gelegen hat. Gegenwärtig werden sämmtliche Päckereien erst ausgeladen, preußischer Seits zollamtlich behandelt, über die Grenze geführt, russischer Seits zollamtlich behandelt und gelangen erst dann zur Weitersendung. Aehnlich ergeht es auch denjenigen Gütern, welche die Eisenbahn direkt zu befördern hat, mit Ausnahme des Passagiergepäcks, bei dem eine sofortige zollamtliche Behandlung ermöglicht wird. Je mehr Rußland nunmehr auch mit entfernteren Staaten in Verkehr tritt, desto lebhafter macht sich das Verlangen nach einheitlichem Kalender bemerkbar. Nur zu häufig treten in Folge der verschiedenen Zeitrechnung Rußlands Irrungen ein, die auch wohl zu Prozessen Anlaß geben. Das Verlangen, daß Rußland der Erkenntniß von der Richtigkeit des Gregorianischen Kalenders endlich Raum gebe, ist heute fürwahr kein unbilliges mehr. Der Dienst des mit den Zügen hier eintreffenden Eisenbahn-Personals hat sich seit wenigen Tagen erheblich gebessert. Vordem war es nothwendig, daß dasselbe zwei Nächte hinter einander unterwegs war, was nun nicht mehr der Fall. (D. Z.)

**Oestreich.** Wien, 31. Jan. [Die mexikanische Angelegenheit.] „Ostd. Post" und „Presse" kommen heute noch einmal auf die Gerüchte über die Kandidatur des Erzherzogs Ferdinand Max für den mexikanischen Thron zurück. Anlaß dazu giebt der Patrieartikel, in welchem Mexiko als ein glänzender Ersatz für Venetien angepriesen wird. Die „Presse" bemerkt: „Man sieht hieraus, wie die mexikanische Artigkeit Frankreichs gemeint ist. Und auf ein derartiges Schachergeschäft soll sich der östreichische Hof einlassen? Wir wissen wahrlich nicht, worüber wir uns mehr wundern sollen: über die Frechheit solcher Insinuationen oder über die Leichtfertigkeit, mit der die auswärtige Presse solchen Unsinn verbreitet, und die Leichtgläubigkeit derjenigen, welche diesen Gerüchten eine ernste Bedeutung beilegen." Die „Ostd. Post" verurtheilt dies Projekt in nicht minder starken Ausdrücken und verlangt schließlich, daß die Regierung selbst mit der Sprache herausrückt und endlich ein Wort der Aufklärung in dieser Sache hören läßt! Keine knappe Berichtigung, sondern ein Wort, ernst und scharf, aus dem Freund und Feind erfährt, was zu wissen nöthig ist! — Uebrigens kursiren fortwährend Gerüchte über dieses mexikanische Projekt. Der „Ostd. Post" schreibt man aus Triest: Dem Vernehmen nach soll der erzherzogliche Rath Herr v. Scherzenlechner, den der Erzherzog Ferdinand Max gewöhnlich für seine Privatmissionen braucht, eine Reise nach Mexiko unternommen haben. Der „Aut. Korr." zufolge soll eine Wiener Buchhandlung alle im Buchhandel vorkommenden, auf Mexiko Bezug nehmenden wissenschaftlichen Werke in hohem Auftrage nach Triest gesendet haben. — General Almonte wird nächste Woche wieder in Wien eintreffen und hat bereits sein früheres Absteigequartier wieder bestellt.

— [Tagesnotizen.] Bei der heute stattgehabten Ziehung des 1860er Lotterieanlehens wurden folgende Serien gezogen: 250. 357. 885. 1449. 2580. 2824. 3176. 3738. 3925. 4387. 4785. 5768. 5901. 6787. 6960. 7458. 7471. 7483. 7682. 8664. 8699. 8755. 8904. 9862. 9864. 10,749. 10,870. 11,906. 13,316. 13,422. 13,817. 13,900. 14,100. 14,790. 14,963. 16,698. 17,248. 17,290. 18,014. 18,719. 19,390. 19,483. 19,652. 19,886. — Die „Presse" erklärt den bekannten Alarmartikel des „Giornale di Verona" geradezu für „blödsinnig". — In Böhmen grassirt gegenwärtig ein Auswanderungsfieber, dessen Ziel die neuen Erwerbungen Rußlands in Ostasien am Amur bilden. Bloß aus der Gegend von Chotibor und Hlinsko sind während der letzten 10 Tage bei der Statthalterei 99 Gesuche um Pässe nach Rußland eingebracht worden. Jedes dieser Gesuche umfaßt eine ganze Familie.

— [Der Klerus und die polnische Agitation.] Als Beitrag zur Kennzeichnung des agitatorischen Treibens der Polen theilt die „Presse" ein sogenanntes Rundschreiben mit, welches dazu bestimmt ist, die Bauern für die Zwecke der Agitation zu gewinnen. Zur Einleitung dieser Mittheilung bemerkt das östreichische Blatt: „Das unvermuthete Erstarken der staatlichen Autoritäten in Russisch-Polen und in Ungarn übte einen unangenehmen Flankendruck auf die Demonstrationswuth in Posen und Galizien, man fürchtete Kriegsgerichte und den Belagerungszustand. Um sich die Möglichkeit der Fortsetzung einer durchgreifenden Agitation zu wahren, beschloß man, etwas leise aufzutreten. Einschlafen sollte die Bewegung nicht, die Unterwühlung sollte fortdauern, aber der große Krieg vorläufig eingestellt und dagegen der kleine Krieg geführt werden. Man verzichtete auf Operationen, die sich vor den Augen der Staatsgewalt vollziehen, und welchen die in Oestreich und Preußen bestehenden Strafgesetze erfolgreich entgegentreten können. Man begnügte sich damit, Polizeiagenten gelegentlich einige Püffe zu verabfolgen, dem Erzbischof Wierzchlejski die Fenster einzuschlagen und durch einen Mann, der reichsräthliche Immunitäten besitzt, im Lemberger Gemeinderath die obrigkeitliche Maaßregelung krawallmachender Lehrjungen als ein Attentat gegen die polnische Nation denunziren zu lassen. Unter diesen Scherzen versäumte man den Ernst nicht. Den Adel hält man für genügend montirt, es gilt also, den Bauer zu gewinnen. Emissäre und Druckschriften sind dazu ein wenig geeignetes Mittel; jenen traut der Bauer nicht, und diese versteht er nicht. Man sucht sich also vor allen Dingen der Landpfarrer und ihrer Koadjutoren, in zweiter Linie der Schullehrer und Kirchendiener in Posen und Galizien zu versichern. Ueber die Art und Weise, wie diese Aufgabe dem polnischen Klerus ans Herz gelegt wird, giebt folgendes Rundschreiben Aufschluß, das uns ein galizischer Dorfgeistlicher mit der Bemerkung einsendet, dasselbe Aktenstück, theils gedruckt, theils geschrieben, sei wenige Wochen nach der Verhängung des Kriegszustandes im Königreich Polen, so weit seine Erkundigung reiche, von unbekannter Hand sämmtlichen Pfarrern in Galizien und Posen zugeschickt worden:

„Unter den vielfachen Mitteln, das Vaterland aus hundertjähriger Sklaverei zu befreien, ist das wichtigste und dringendste die Aufklärung des Volkes und der Landbevölkerung insbesondere. Wer aber soll vor Allen diese Arbeit übernehmen? Wessen Pflicht ist es, das Volk zu belehren? Die eure, ihr durch Christum bestellte Lehrer des Volkes, ihr katholischen polnischen Priester! Gott wird von euch nach dem Tode, die Kirche und das Vaterland noch im Leben Rechenschaft über die Art fordern, wie ihr dieselbe erfüllt. Euch wird gesagt werden: es wurde euch das Lehramt im Volke anvertraut; was habt ihr damit erwirkt? Schwierig und bedeutend ist überall eure Aufgabe: die Belehrung des Volkes; schwieriger und bedeutender als anderwärts ist sie in der polnischen Provinz; im sogenannten Galizien, allein um so größer und erhabener werden eure Verdienste sein. Kann aber die größere Hälfte von euch katholischen Priestern in Galizien vor Gott und der Welt gewissenhaft sagen, daß ihr euch bemüht, eure Pflichten zu erfüllen? Viele von euch schwanken, wollen die Wahrheit nicht lehren, Liebe und Eintracht unter den Bewohnern eines Vaterlandes, den Gliedern einer Nation, nicht verbreiten, und den Pflichten des katholischen Priesters nicht nachkommen, weil sie Oestreich mehr als Gott, Kirche und Volk fürchten, mehr nach der Gnade einer räuberischen Regierung nach Ueberfluß und Mammon streben, als für ihre Heerde und ihr Volk, für Kirche und eigene Seligkeit Sorge tragen. Furchtsam erweist ihr Dienste einer Regierung, welche höllische Finsterniß, Verderben und Haß unter den Menschen verbreiten läßt. Ja, es giebt Seelenhirten, Bischöfe des lateinischen und slavischen Ritus (hier folgen die Namen einiger galizischer Kirchenfürsten) unter euch, welche die vorzüglichsten Verbreiter von satanischen Lehren, Apostel des Hasses, Verderbens und der Finsterniß sind. Ein schreckliches Gericht Gottes erwartet sie nach dem Tode, ein ebenso schreckliches wartet ihrer noch beim Leben, das der Kirche und der Nation! In Galizien gibt es zwar Schulen, allein die östreichische Regierung nahm sie unter eigne Obhut und Leitung, benutzt sie als Brutstätte des Hasses, als Mittel

der Entnationalisirung, und ernennt dort deshalb zu Lehrern ihre dienstbeflissenen Leute und ausgedienten Korporale. Nach den Staatsgesetzen habt ihr das Recht, sowohl selbst in den Schulen zu unterrichten, als auch die Lehrer auf dem Lande zu inspiziren. Wie gebraucht ihr dieses Recht? Schwach am Geiste, entschlagt ihr euch meist der Ausübung desselben aus Furcht, bei der östreichischen Regierung mißliebig zu werden; selbst schlecht, unterstützt ihr diese Regierung und ihre Korporale in den Werken des Hasses und der Entnationalisirung. Wie es das Hauptbestreben des Teufels ist, die Werke Gottes: Nationalität und Vaterlandsliebe zu zerstören, auf daß nur die Gesellschaft um so sicherer dem Egoismus und Verderben zugeführt werde, also ist es eine der vorzüglichsten Pflichten christ-katholischer Lehrer, die Nationalität zu pflegen und die nationale Idee zu kräftigen, welche die Menschheit zum organischen Ganzen vereinigt. Gott verband die Menschheit in große Familien, Völker genannt, die einander lieben sollen. Die Vorsehung ist es, welche die Menschen durch Sprache, Sitten und jahrhundertlange gemeinschaftliche Schicksale einigte; wer diese nationalen Bande zerreißt, vergreift sich am Gotteswerke; wer die Nationen, die organischen Glieder der Menschheit, vernichtet, desorganisirt die Menschheit, die Vaterlandsliebe, welche die Potenzirung der Nächstenliebe, die Quelle aller sozialer Tugenden und Opfer ist. Deshalb ist es eure Schuldigkeit, ihr polnischen katholischen Priester, dem Volke die Liebe für die ganze polnische Nation einzuflößen, für jene Nation, welche 600 Jahre lang die Vorhut des Christenthums gewesen, die Kirche und ganz Europa vor den Angriffen der Heiden geschützt, tausend Schlachten, von Liegnitz bis Varna und bis zur Krimm, mit Mongolenhorden und Türken geschlagen, und mit Strömen eigenen Blutes anderen christlichen Völkern die Ruhe erkauft hatte. Lehret das Volk, daß nur in dem Glücke der ganzen polnischen Nation das Glück jedes einzelnen Gliedes derselben blühe. Welch schönes Beispiel geben uns nicht sämmtliche höhere und niedere Geistliche in Russisch-Polen, Littauen, Volhynien, Posen....! Diese Geistlichkeit kräftigt durch ihr Wirken gleichzeitig den heiligen Glauben im Volke und erwirbt sich die Liebe und Ehrfurcht des ganzen Landes. Priester Galiziens, befolgt dieses Beispiel! es obliegt euch diese Pflicht nicht nur als Bürger des Vaterlandes, sondern auch als Priester Christi, unseres Herrn!"

So das Rundschreiben. „Der „Oestreichische Volksfreund", fügt die „Presse" hinzu, „hat uns seinerzeit darüber belehrt, warum es der katholische Klerus mit den Föderalisten und Ultranationalen halte. Das sei seine Schuldigkeit, das sei nicht nur ein Gebot der Klugheit, sondern kirchliche Pflicht, denn die Kirche müsse sich den „Einfluß" auf die Massen wahren, und darum müsse sie dem großen Zuge der Geister, also den herrschenden nationalen Tendenzen sich anschließen. Nach diesem Glaubensbekenntniß, an welchem wir nur das bemängeln, warum nämlich die Ultramontanen einem anderen „herrschenden Zuge" der Geister des neunzehnten Jahrhunderts: dem Drange nach Bildung und Gesittung feindlich, gegenüberstehen, wird der „Oestreichische Volksfreund", wenn er konsequent sein will, an den Grundsätzen und Mahnungen, die in dem obigen Rundschreiben dem Klerus eingeschärft werden, nichts aussetzen können."

**Hannover**, 31. Jan. [Die Militär-Strafprozeßordnung.] In der Zweiten Kammer wurde gestern nach ausführlicher Berathung der Beschluß der Ersten Kammer in Betreff der Militärprozeßordnung abgelehnt, wie bereits telegraphisch gemeldet ist. Der Berichterstatter in dieser Angelegenheit, Abg. Pernice, wies auf die weittragende Bedeutung der Frage hin, welche hier zur Verhandlung stehe. Es sei der königlichen Regierung von der Ersten Kammer, deren Beschluß nur in Vereinigung mit den in dem dort gestellten Antrage enthaltenen Motiven beurtheilt werden könne, ein Eingriff in die ständischen Rechte und eine Verletzung der Verfassung vorgeworfen. Eine solche Beschuldigung sei die schwerste, welche gegen eine Regierung erhoben werden könne, und es sei darum gewiß die heiligste Pflicht des Hauses, die gewissenhafteste Prüfung des Rechtspunktes eintreten zu lassen. Nur dieser könne entscheiden, politische Rücksichten müßten schweigen, denn ihrer eigenen Würde seien die Stände es schuldig, den Rechten der Regierung die weiseste Würdigung zu Theil werden zu lassen, um dann auch ihrerseits in der Lage zu sein, frei ihre eigenen Rechte, wo es Noth thun sollte, wahren und vertreten zu können. Es liege nun gegenwärtig der Fall vor, daß die Strafprozeßordnung der Militärgerichte modifizirt sei, und die Erste Kammer habe in dieser Modifikation deshalb eine Verletzung der Verfassung gefunden, weil den Militärgerichten auch die Frauen, Kinder und Domestiken der Militärs unterworfen wären. Diese sollten nun durch die neue Strafprozeßordnung ihrem ordentlichen Richter entzogen worden sein. Dieser Ansicht habe die Kommission nicht beipflichten können, was der Berichterstatter umständlich motivirte. Der schon erwähnte ablehnende Beschluß wurde mit 49 gegen 26 Stimmen gefaßt.

**Württemberg**. Stuttgart, 1. Febr. [Die Wahlen.] Die nunmehr sämmtlich bekannt gewordenen Wahlen ergeben für die Fortschrittspartei ein nicht ungünstiges Resultat. Die Opposition wird in der Kammer um viele Mitglieder verstärkt erscheinen, wenn sie auch nicht die Majorität erlangt hat. Andererseits hat die Regierungspartei verschiedene hervorragende Kandidaten durchgebracht. Die Betheiligung war überall eine lebhafte.

**Baden**. Karlsruhe, 31. Jan. [Der badischen Denkschrift über die kurhessische Angelegenheit] entnehmen wir (vergl. Nr. 27) noch Folgendes:

„Was von Zweckmäßigkeitsgründen zur Vertheidigung einer Aufrechterhaltung der Verfassung von 1852 und gegen das Zurückgehen auf 1831 angeführt wird, ist nicht nur an und für sich gegenüber von der Rechtsfrage von geringer Bedeutung, sondern es hält nicht einmal eine nähere Prüfung aus. Wenn nämlich der Schrecken einer vollkommenen Rechtsverwirrung entgegengehalten wird, welche die nothwendige Folge einer Nichtanerkennung des seit 1852 Geschehenen und somit auch der vielen indessen erlassenen Gesetze wäre: so kann es ja — natürlich ein Ministerium, welches das Vertrauen des Landes besäße, vorausgesetzt — nicht dem mindesten Zweifel unterliegen, daß eine wieder verfassungsmäßig einberufene Versammlung den thatsächlich bestehenden Zustand, so weit als unbedingt nothwendig wäre, vorläufig anerkennen müßte und würde, bis eine allmälige Revision und rechtsgültige Feststellung möglich wäre. Eine allgemeine gesetzliche Ratihabition der von den illegal eingesetzten Gerichten erlassenen Urtheile und Verfügungen hätte keinen rechtlichen Anstand und würde jegliche Beschädigung von Privaten und vom Staate ferne halten. Und wenn bei näherer Erwägung das eine oder das andere der provisorischen Gesetze — deren alsbaldiges Wegfallen allerdings Grundsatz wäre — zunächst beibehalten werden wollte, so läge auch hier nicht die mindeste Schwierigkeit im Wege. Ein anderes Verfahren verböte ja nicht nur das öffentliche Wohl, sondern auch die Rücksicht auf die eigene Stellung der Stände zum Lande. Es ist geradezu unmöglich, etwas Anderes vorauszusetzen. Ebensowenig kann man die wiederholt von der kurfürstl. Regierung ausgesprochene Besorgniß theilen, daß von den nach dem Gesetz von 1849 einzuberufenden Ständen eine Rivision der Verfassung von 1831 und ihrer späteren Abänderungen, selbst nicht in Beziehung auf die vom Bunde als im Widerspruche mit seinem Rechte bezeichneten Bestimmungen, zu erwirken sein werde. Vielmehr darf von dem allgemeinen Bedürfnisse des Landes, endlich wieder in einen geordneten und sicheren, die Befriedigung geistiger und materieller Interessen ermöglichenden Zustand zu gelangen, sodann von der seit zehn Jahren in den ungünstigsten Verhältnissen erprobten besonnenen Haltung des hessischen Volkes und von dem unzweifelhaften Bedürfnisse desselben erwartet werden, daß sich seine Vertreter nicht nur zu allem Nothwendigen, sondern auch zum bloß Billigen verstehen werden. Auch hier freilich unter der Voraussetzung, daß die kurfürstl. Regierung ihnen ihrerseits solche Räthe gegenüberstellt, zu welchen das Land Vertrauen haben kann, und welche nicht Träger oder bekannte Anhänger des bisher befolgten Systems waren. In Betreff der vom Bunde einzeln und mit Begründung als seinem Rechte zuwiderlaufend bezeichneten Bestimmung würde überdies die Ausmerzung nicht von dem Willen der Stände abhängen, sondern einfach vom Bunde beschlossen werden können. Die kurfürstl. Regierung und der Bund können darüber keinen Zweifel haben, daß diejenigen Bundesglieder, welchen es um die Wiederherstellung des Rechtes in Kurhessen zu thun ist, die Ersten sein werden, um jenes Beschlußrecht in allen seinen Beziehungen geltend zu machen." — Die Schlußsätze der Denkschrift lauten: „Stehen die thatsächlichen und rechtlichen Verhältnisse der unglücklichen Angelegenheit, welche nun seit so vielen Jahren den Bund und die ganze Nation in Bewegung hält, wirklich so, wie dies im Vorstehenden ausgeführt ist: so kann auch nicht wohl in Zweifel gezogen werden, daß der am 4. Juli 1861 von der großherzogl. Regierung in hoher Bundesversammlung eingebrachte Antrag einerseits dem Inhalte nach begründet, andererseits der Form nach möglichst rücksichtsvoll auf allen Seiten gehalten ist. Er verlangt nicht, daß sich die hohe Bundesversammlung über ihr bisheriges Verhalten in der kurheissischen Verfassungsangelegenheit äußere, oder daß sie einen ihrer Beschlüsse förmlich zurücknehme; sondern er begehrt nur, daß der Bund den von ihm bisher angenommenermaßen geübten Zwang gegen die kurhessische Regierung aufhebe und diese von einer Vollziehungspflicht entbinde, so daß sie wieder in die Lage gesetzt wäre, ihren feierlich anerkannten Verpflichtungen auf Anerkennung und Aufrechterhaltung der Verfassung des Landes nachzukommen. Es bleibt dabei lediglich dem Ermessen jedes einzelnen hohen Mitverbündeten überlassen, ob er aus rechtlichen oder politischen Gründen, aus prinzipiellen Anschauungen oder aus gewonnener Ueberzeugung von der praktischen Unausführbarkeit der bisherigen Maaßnahmen zuzustimmen gedenke. Es wird auch der kurfürstl. Regierung kein Aufgeben von Grundsätzen zugemuthet, sondern sie will nur in die Lage versetzt werden, Verpflichtungen zu erfüllen, deren Verfolgung ihr bisher durch äußere Gründe unmöglich gewesen sein soll. Endlich wird nicht verlangt, daß der Bund seine Erklärung zurücknehme, es seien bundeswidrige Punkte in der Verfassung von 1831, sondern nur eine bestimmte Bezeichnung derselben beantragt, somit die Erfüllung einer Aufgabe, welche niemals hätte unbeachtet bleiben sollen. Leider hat die kurfürstl. Regierung diese Absichten verkannt und vom Bunde mit großer Entschiedenheit die Fortdauer ihres bisherigen Gehorsamsverhältnisses verlangt. Sie hat in der dem Bunde von der großherzogl. Regierung vorgeschlagenen Erklärung eine einfache Zurücknahme der früheren Beschlüsse gefunden. Ja sie hat in dem Bestreben, ihr wieder eine rechtliche Grundlage, dem Lande aber Ruhe und Zufriedenheit zu verschaffen, nur die, wenn vielleicht auch unbeabsichtigte Bestärkung revolutionärer Plane und feindseliger Gesinnungen gesehen. Die Erfahrung ist nicht selten, daß ein Kranker den Sitz des Uebels verkennt und sich gegen die einzig mögliche Heilung sträubt. Dies darf unbefangene Dritte an der Festhaltung eines wohl überlegten und durch Erfahrung bestätigten Urtheils nicht irre machen. Die großherzogl. Regierung hält also trotz des erfahrenen Widerstrebens ihren Antrag aufrecht, und sie hofft, daß auch ihre höchsten und hohen Bundesgenossen sich davon überzeugen können, es sei auf diesem Wege das wirklich vorhandene Recht des Bundes vollständig gewahrt, von diesem eine Ursache weitverbreiteter, unter Umständen gefährlicher Unzufriedenheit genommen, einem Bundesgliede wieder eine sichere Grundlage seines Bestandes und Wirkens verschafft, endlich einem ganzen deutschen Volksstamme Recht und Rechtsvertrauen zurückgegeben. Sie lebt überdies der sicheren Erwartung, daß die kurfürstl. Regierung, wenn sie durch ein Zurückgehen auf den Rechtsstandpunkt Glauben und Dankbarkeit in ihrem Volke erweckt hat, von dessen Vertretern auch mit leichter Mühe diejenigen Aenderungen in den Gesetzen und Einrichtungen erhalten kann, welche die Erfahrung als wünschenswerth und zweckmäßig nachgewiesen hat. Und ebenso erachtet sie es für undenkbar, daß nicht die Vertreter des Landes bereitwillig zu solchen Verbesserungen zustimmen werden, welche ihnen der hohe Bundestag nicht mehr mit anfechtbarem Rechte vorschreiben, sondern in wohlgemeinten Rathschlägen empfehlen würde. Das Verlassen eines von ihr früher selbst verfolgten Weges ist von der großherzogl. Regierung keineswegs leicht genommen worden; allein sie hat nicht gezaudert, sobald sie hierin das Richtige und die Erfüllung einer Pflicht erkannt hatte."

**Frankfurt a. M.**, 31. Jan. [Johannes Ronge] hat von hier ein „Sendschreiben an die Katholiken Deutschlands" ausgehen lassen, worin er der Einsammlung des Peterspfennigs entgegentritt und die Forderung einer freien deutschen Nationalkirche, d. h. eines Bundes freireligiöser Gemeinden erhebt.

## Großbritannien und Irland.

London, 30. Jan. [Die Herren Mason und Slidell] sind (wie bereits telegr. gemeldet) gestern früh in Begleitung ihrer Sekretäre, Mac Farland und Eustis, an Bord des englischen Postdampfers „La Plata" in Southampton angekommen. Ein eigenthümlicher Zufall wollte es, daß dies dasselbe Schiff war, auf welchem sie ein paar Monate früher die Fahrt nach England gemacht und am 27. Nov. in Southampton eingetroffen sein würden, wenn sie nicht durch den Kapitän Wilkes gewaltsam vom „Trent" weggeschleppt worden wären. Ihr Gefängniß zu Boston, Fort Warren, verließen die Kommissare am 1. Januar. Sie schildern sowohl das Gefängniß selbst, wie die Behandlung, welche sie daselbst erfuhren, als sehr schlecht. Nachdem sie in einem kleinen Dampfer bis zu dem etwa 40 englische Meilen von Boston gelegenen Kap Sable gebracht worden waren, bestiegen sie das ihrer daselbst harrende englische Kanonenboot „Rinaldo", das vier Tage auf Halifax zusteuerte, aber durch die Gewalt des gerade damals wüthenden heftigen Sturmes nach den Bermuden verschlagen wurde. Auf Befehl des Admirals Milne brachte der „Rinaldo" die Kommissare von dort nach St. Tomas, wo sie am 14. d. zwei Stunden vor der Abfahrt des „La Plata" ankamen. Slidell reiste gestern Vormittag um ½ 12 Uhr nach London, wird sich aber jetzt wohl schon in Paris befinden, wo er von seiner Familie erwartet wurde. Mason folgte ihm Nachmittags um 3 Uhr nach der britischen Hauptstadt, da ihm der dort weilende Befehlshaber des Schiffes „Nashville" telegraphirt hatte, daß er ihn zu einer Zusammenkunft erwarte. Gleich nachdem Mason und Slidell gelandet waren, machten ihnen einige Offiziere des „Nashville" ihre Aufwartung. Die bei der Ankunft des „La Plata" versammelte Volksmenge gab allerdings eine gewisse Neugierde kund, als sie der vier Männer ansichtig wurde, welche England nach Aussage der „Times" 1 Mill. Pfd. St. per Kopf gekostet haben. Doch ertönten keine Willkommrufe, und überhaupt verlief Alles ohne Demonstration irgend welcher Art. Die „Times" bemerkt: „Wir legen der Ankunft der Herren Mason und Slidell nur geringe Wichtigkeit bei. Die Handlungsweise der englischen und der französischen Regierung wird wahrscheinlich durch die Vorstellungen dieser beiden Herren gar nicht beeinflußt werden. Sie werden der Gegenstand von ein wenig Neugier sein; das ist aber auch Alles. Wir müssen ihnen allerdings zu ihrer wohlbehaltenen Ankunft Glück wünschen; jetzt aber, wo ihre Drangsale vorüber sind, haben wir nur wenig Sympathie für sie."

— [Tagesnotizen.] Für die Hinterlassenen der im Hartley-Kohlenbergwerke Verunglückten sind im Laufe des gestrigen Tages hier wieder 1000 Pfd zusammengekommen. Eine eben so große Summe ist für sie auf der Liverpooler Börse gezeichnet worden. — Durch den raschen Witterungswechsel (es ist heute Frühlingstemperatur) hat der Gesundheitszustand Londons in der letzten Woche stark gelitten. Die Zahl der Sterbefälle war im Verhältniß gegen frühere Jahre während derselben um 148 gestiegen und betrug 1561. Die meisten Todeskrankheiten waren Luftröhren- und Lungenentzündungen nebst typhoiden Leiden. — Der englische Boxerkönig heißt seit einigen Tagen Mace. In einem fast anderthalbstündigen Kampfe richtete er seinen Gegner dermaßen zu, daß er an Blutaustretung im Kopfe darniederliegt und, nach dem Urtheil der Kenner, nie wieder in den „Ring" treten wird. Die Boxerei ging nicht weit von London vor sich. Der Regen goß in Strömen, doch schreckte er das Zuschauerpublikum nicht ab. Es fand sich fast so zahlreich ein, wie bei einer Hinrichtung, und der hohe Adel war darin stark vertreten. — Das bei den Bahamas gestrandete englische Schiff „Conqueror" ist vollkommen Wrack. Man hofft, die Kanonen und das werthvolle Inventar zu retten. Die Linienschiffe „Nile" und „Donegal", so wie mehrere kleinere Fahrzeuge sind nach den Bahamas abgegangen, um Hülfe zu leisten. (Nach einer Mittheilung des Admiralitätssekretärs an den „Globe" erfolgte die Strandung schon am 13. Dez. Es ist Niemand dabei umgekommen.)

— [Ueber Schleswig-Holstein] haben die englischen Blätter sich schon lange nicht vernehmen lassen. Heute giebt die Note des Grafen Bernstorff an das Kopenhagener Kabinet der „Times" Gelegenheit, zu zeigen, daß in ihren Anschauungen sich nichts geändert hat. Preußen und der deutsche Bund, das ist der zum Ekel wiederholte Refrain in den Lamentationen der „Times", hätten nicht im Entferntesten den Wunsch, die holsteinische Frage gelöst zu sehen; sie suchten nur das Wasser zu trüben und die öffentliche Meinung zu verwirren! Und die „Morning Post" läßt aus Kopenhagen sich mit der Nachricht bedienen, [illegible] Schleswig, nicht nur im Norden, sondern auch im Süden, dänische Sprache und Literatur täglich mehr Boden gewännen; Schleswig habe 1[illegible]5 dänische Bibliotheken mit über 60,000 dänischen Werken.

— [„Tuscarora" und „Nashville".] Aus Southampton kommt gerüchtweise die Nachricht, die englische Regierung habe der „Tuscarora" sowohl wie dem „Nashville" das Gastrecht gekündigt und sie ersucht, sich aus den Gewässern von Southampton zu entfernen, da ihre Bewachung daselbst viel Geldkosten und Ungelegenheiten verursache. Wie viel Wahres an dieser Mittheilung ist, wird sich in den nächsten 24 Stunden herausstellen. Gestern Abend lag der „Nashville" noch immer ruhig in den Docks der Stadt, welcher er während seiner Anwesenheit gegen 6000 Pfd. St. zu verdienen gegeben hat. Die „Tuscarora" aber hatte sich nach den Yarmouth Roads (im Solent näher gegen die Needles) zurückgezogen. In welcher Absicht, ist das Geheimniß ihres Kapitäns.

— [Aus Westindien.] Nach den mit dem „La Plata" angekommenen Posten aus Westindien hatte in sämmtlichen britischen Besitzungen die Nachricht vom Tode des Prinzen Gemahls tiefe Trauer erweckt; von allen Seiten kommen Beileidsadressen an die Königin. In Jamaika war der Gesundheitszustand befriedigend. In Barbadoes war Herr Walker, in Demerara, Herr Hincks als neuer Gouverneur feierlich installirt worden. Ueberall werden Vorbereitungen zur Beschickung der Londoner Ausstellung getroffen. Demerara genoß am 31. v. Mts. das Schauspiel einer totalen Sonnenfinsterniß, die von 7 Uhr 30 Minuten bis 9 Uhr 59 Min. anhielt.

London, 31. Januar. [Frankreich und Rom.] Die „Times" bespricht heute den Depeschenwechsel zwischen Thouvenel und Lavalette und drückt abermals die Hoffnung aus, daß Frankreich seine Truppen bald aus Rom abberufen werde. „Worauf", fragt sie, „wartet Frankreich?" Etwa auf einen noch deutlicheren Beweis, wie vollständig ohne Einfluß es im Rathe des Papstes ist? Oder etwa auf irgend eine offene Handlung der Verschwörung gegen die italienische Nation? Oder zögert es, weil es zu Hause keine Verwendung für seine Einkünfte hat, oder weil der Welt das Wesen und die Politik der Macht, welche es beschützt, nicht offenbar geworden ist? Oder will es, was offenbar die Meinung des Papstes und seiner Räthe ist, daß Europa zu dem Schlusse gelange, Frankreich wage es, obgleich man seine Rathschläge verschmäht, seine Vermittelung zurückgewiesen und seine Politik durchkreuzt hat, doch nicht, den kleinen italienischen Fürsten, welcher das Erbtheil des heiligen Petrus mißregiert, seine Händel mit seinen Unterthanen allein ausmachen zu lassen? Die Veröffentlichung dieser Korrespondenz giebt uns einiges Recht, das Beste zu hoffen."

— [Prozeß Windham.] Der langwierige und kostspielige Prozeß Windham hat gestern sein Ende erreicht. Die Jury hat nach halbstündiger Berathung ihren Wahrspruch dahin abgegeben, daß sie erklärte, Herr Windham, den ein paar seiner Verwandten wegen Wahnsinns interdiziren lassen wollten, sei bei gesunden Sinnen und im Stande, sein Vermögen selbständig zu verwalten. Vorher war der angeblich Irrsinnige noch einem sehr eingehenden Verhöre unterworfen worden, welches zwischen 3 und 4 Stunden dauerte und in welchem manche ziemlich schwierige und delikate Fragen zu beantworten waren. Herr Windham soll dieselbe in sehr klarer und verständiger Weise beantwortet haben. Das Verdikt ward von der im Gerichtslokale und vor demselben versammelten Volksmenge mit lautem Jubel aufgenommen. Es gilt dies weniger der Persönlichkeit dessen, der zum Verrückten gemacht werden sollte, denn derselbe hatte, wie sich während des Prozesses herausstellte, einen wüsten, rohen und ausschweifenden Lebenswandel geführt, als der Gerechtigkeit des gefällten Urtheils. Denn wohin sollte es führen, wenn man jeden Wüstling, Verschwender oder jeden, der tolle Streiche macht und wunderliche Einfälle hat, ins Irrenhaus sperren wollte? Der Prozeß Windham hat 34 Tage gedauert und nicht weniger als 140 Zeugen wurden vernommen, nämlich 50 für die Bittsteller (die Verwandten Windhams) und 90 für Herrn Windham.

— [Aus Buenos-Ayres.] Die „Times" bringt in ihrem Cityartikel Nachrichten aus Buenos-Ayres, ohne Angabe des Datums. Dieselben lauten sehr günstig für die Provinz gleichen Namens in Bezug auf ihren Kampf gegen die Föderalisten. Die Flotte Urquiza's war seinen Gegnern in die Hände gefallen und damit schien der Krieg sein Ende erreicht zu haben. Die Stimmung in der Geschäftswelt hatte sich in Folge davon bedeutend gehoben.

London, 1. Febr. [Telegr.] Die „London Gazette" veröffentlicht ein Schreiben Earl Russells an die Admiralität. Der Staatssekretär des Auswärtigen erklärt darin, England sei den Amerikanern gegenüber zur strengsten Neutralität entschlossen. Deshalb würden fortan keine amerikanischen Kriegsschiffe oder Kaperschiffe, außer in Nothfällen, in britischen Häfen zugelassen werden. Dieselben würden Kohlenvorräthe nur in einem gewissen Maaße erhalten und müßten vierundzwanzig Stunden zwischen dem Auslaufen der betreffenden Schiffe der Kriegführenden verstreichen lassen. — Der König der Belgier begiebt sich heute nach Osborne. — Lord Palmerston ist hier angekommen.

— [Neueste Nachrichten aus Amerika.] Das Reuter'sche Bureau bringt folgende Nachrichten: Newyork, 17. Jan. Der Kongreß hat die Ernennung Stantons zum Kriegsminister bestä-

tigt. Diese Ernennung ist sehr populär. Die „Newyork Times“ erklärt Lovejoy's Rede für eine Beleidigung gegen den Charakter des amerikanischen Volkes, und fügt hinzu, dieselbe zeige keine Spur von Nationalgefühl und gereiche dem Hause der Repräsentanten zur Schande. Mac Clellan wurde vor ein Komité des Kongresses geladen, um Aufklärungen über die Kriegführung zu ertheilen. Er hat, dem Vernehmen nach, das Vertrauen ausgesprochen, die Rebellion werde bald niedergeschlagen werden; die Mississippi-Expedition wird aus 19 Regimentern Infanterie, 4 Regimentern Kavallerie und 7 Batterien Artillerie bestehen. Der Kongreß nahm das Gesetz wegen der Einkommensteuer an, die mit den Zolleinnahmen einen Ertrag von 150 Mill. ergeben soll. Der Kongreß hat den Handel mit chinesischen Kulis auf amerikanischen Schiffen verboten. Es herrscht große Ungewißheit über die Finanzpolitik der künftigen Regierung, da noch kein Plan definitive Annahme gefunden hat. Der Kongreß hat die Ernennung des Herrn Cameron zum Unionsgesandten am russischen Hofe bestätigt. Die „Newyork Times“ meldet, Cobden habe an den General Scott ein Schreiben gerichtet, worin derselbe die Ueberzeugung ausspreche, daß, wenn der Aufstand nicht bis nächsten April beseitigt sei, England durch die öffentlichen Kundgebungen in den Manufaktur-Distrikten sich genöthigt sehen dürfte, die Häfen der Südstaaten zu öffnen. Es ging das Gerücht, General Wool habe den General Huger aufgefordert, die weyulc[illegible]n Weiber und Kinder von Norfolk zu entfernen. Die aus den Fregatten „Minnesota“, „Cumberland“, „Monteront“, „Rivière“, „Elisabeth“ und „Croyance“ bestehende Expedition von Brunsides werde einen Angriff auf Norfolk machen. Der Kongreß hat 6 Mill. Dollars zur Vollendung der angefangenen Befestigungsbauten und zur Errichtung neuer Festungswerke bewilligt. 1,050,000 Dollars sind zur Vertheidigung des Hafens von Newyork bestimmt. — Die mexikanische Regierung hat die Dienste Comonforts angenommen und der Partei der Schwarzen eine allgemeine Amnestie angeboten, wenn sie mit ihr gemeinschaftliche Sache zur Vertheidigung des Landes machen wolle. — Newyork, 17. Jan., Abends. Die Konföderirten haben die Insel Roanock verlassen. Sie haben die Legion Wiese zur Vertheidigung von Norfolk abgeschickt. Die französische Fregatte „Pomona“ ist vor dem Fort Monroe angekommen, und der Befehlshaber derselben hat mit dem französischen Konsul in Norfolk einen Besuch gemacht. Dem Vernehmen nach werden die Konföderirten 40,000 Mann stark, nach Kolumbus vorrücken. Ein allgemeines Vorgehen der Bundesarmee wird erwartet. Ebenso erwartet man jeden Augenblick eine Schlacht. General M'Clellan hat allen im Militärdienste stehenden Personen den Befehl gegeben, sich bereit zu halten. Die „Chicago Tribune“ erwähnt der von einem Reisenden mitgebrachten Nachricht, ein Bundeskriegsschiff habe auf ein französisches Kriegsschiff geschossen, welches versucht habe, die Blokade von New-Orleans zu durchbrechen. Das Bundeskriegsschiff habe 12 Mal auf das französische geschossen. — Das Reuter'sche Bureau bringt ferner folgende Nachrichten, die durch den Telegraphen über das Fort Race angekommen sind: Newyork, 21. Januar. Einem amtlichen Berichte aus Kentucky zufolge hatten die Konföderirten die Unionisten bei Somerset angegriffen. Nach einem heißen Kampfe, während dessen General Zollikofer getödtet worden, zogen sich die ersteren zurück. Die Unionisten besetzten die früher von denselben eingenommenen Stellungen und erbeuteten die Kanonen und den Proviant ihrer Gegner. Dem Vernehmen nach hatten sich die Konföderirten von Manassas zurückgezogen. Das Unionsheer war noch nicht von Kolumbus vorgerückt.

## Frankreich.

Paris, 29. Jan. [Die Uebersicht über die Lage des Kaiserreichs], welche den Kammern vorgelegt wurde, ist sehr umfangreich; die erste Abtheilung, die sich auf die innere Politik bezieht, füllt im „Moniteur“ allein 24 Spalten. Das Finanzministerium nimmt auch hier wieder eine hervorragende Stelle ein; der Fould'sche Bericht ist diesem Abschnitt vollständig einverleibt. In allen Verwaltungszweigen werden die angestrebten Verbesserungen und die erreichten Ergebnisse bis ins Einzelne aufgezählt. Die Darstellung ist eine ganz sachliche, und vermeidet jede Hereinziehung politischer Fragen. Nur in Beziehung auf die Handhabung der Angelegenheiten der Presse hat Persigny nicht umhin gekonnt, sich das Zeugniß auszustellen, daß seine Praxis in der That eine bessere sei, als die frühere, was bisher vielfach bezweifelt wurde. Es wird behauptet, die Presse habe sich die Diskussionsfreiheit reichlich zu Nutze gemacht, die Regierung scheue auch weder Diskussion noch Angriffe, auch wisse sie wohl, daß die Verfassung der Verbesserung fähig sei, doch könne das Kaiserthum keine Angriffe auf sein Prinzip gestatten. Während sie im Jahre 1860 sich jedoch genöthigt gesehen, 29 Verwarnungen zu ertheilen, ein Blatt zu suspendiren und drei zu unterdrücken, sei 1861 kein Blatt in die Gefahr der Unterdrückung gekommen und es seien nur 13 Verwarnungen, darunter fünf an Pariser und acht an Provinzialblätter, ertheilt worden. — Interessanter ist die der auswärtigen Politik gewidmete Abtheilung, obwohl auch hier die Darstellung nur die Vergangenheit zusammenfassen, und die vorgelegten diplomatischen Aktenstücke mit einem Kommentar im Sinne der Thronrede begleiten kann. Italien steht auch hier wieder obenan, als „der Hauptgegenstand der Thätigkeit in den letzten Monaten des Jahres 1861“. Der kaiserlichen Regierung ist es vor Allem darum zu thun, dazu mitzuwirken, daß sich in allen Theilen Italiens die Ordnung befestige und nichts wäre geeigneter dazu, als die Beilegung des Widerstreites zwischen dem Papstthum und Italien. Um hierzu beizutragen, suchte die Regierung über die wahren Absichten der römischen Kurie volle Gewißheit zu erlangen; zugleich bot sie derselben ihre Mitwirkung zur Erlangung aller möglichen Garantien der Unabhängigkeit und Sicherheit an, „aber es muß leider konstatirt werden, daß auch diesmal unsere Eröffnungen nicht die Aufnahme fanden, welche bei der Redlichkeit unserer Absichten erwartet werden mußte“. Das Exposé geht nach diesem Bekenntniß zum Libanon über; doch weder hierüber, noch über die Vereinigung der Donaufürstenthümer werden neue Gesichtspunkte oder Thatsachen vorgetragen. Den Rest der auswärtigen Politik des Jahres 1861 bezeichnet das Exposé als „eine kleine Reihe von Vorfällen“, welche nur untergeordneten Werth für die europäische Lage haben. Auch die Frage wegen der Herzogthümer jenseits der Elbe ist „bisher eine rein deutsche Frage geblieben“, in welche sich die Regierung nicht unmittelbar eingemischt, doch geeignete Rathschläge zu einer Annäherung der betheiligten Parteien ertheilt hat. — In Betreff der Aktenstücke über Italien ist noch zu bemerken, daß die schon erwähnte Depesche Thouvenels über den Ricasoli'schen Entwurf einer Ausgleichung mit dem Papste erst am 26. November v. J. abgesandt wurde, nachdem die Turiner Regierung dies damals bereits gescheiterte Projekt nachträglich dem Parlament zur Kenntnißnahme vorgelegt hatte. Thouvenel giebt erst in diesem Schriftstück genauer die Gründe an, welche die französische Regierung bestimmt hätten, sich jener Vorschläge nicht weiter anzunehmen, und fügt einige Rathschläge über ein weises Verhalten bei den Debatten in der Turiner Kammer bei. Unter den Gründen ist auch der, daß Lavalette eben im Begriff stehe, auf seinen Posten in Rom abzugehen, und daß der päpstliche Hof nicht im Voraus gegen den neuen Gesandten verstimmt werden dürfe. Wenn in dieser Depesche in einer nicht überall angenehmen Weise auf das Ricasolische Kabinet gedrückt wird, so erfolgte doch schon 7 Wochen später die Depesche an Lavalette, welche dem Kardinal Antonelli noch bitterern Kummer bereitete. Da Lavalette, wie er selbst erzählt, bereits im Voraus wußte, daß er eine unbedingt ablehnende Antwort erhalten würde, so ist es klar, daß die französische Regierung nur durch einen neuen Beweis die Unverbesserlichkeit der römischen Kurie feststellen wollte. — Die schon erwähnte Depesche, welche die Insel Sardinien betrifft, gehört einer frühern Zeit an, in welcher die Annexionsgerüchte in voller Blüthe standen. Sie ist an den Grafen Rayneval in Turin gerichtet. — Bemerkenswerth sind außerdem eine Anzahl von Berichten französischer Agenten in Unteritalien über das dortige Banditenwesen; diese beeilten sich, die Erfindungen der bourbonischen Komité's und die von ihnen ausgestreuten Gerüchte über die Siege des Spaniers Borges und anderer Räuberchefs zu berichtigen. Eine besonders interessante Mittheilung des Herrn Rotrou, französischen Konsularagenten zu Chieti, spricht die italienische Regierung zwar nicht von aller Schuld frei, schiebt aber doch der gefallenen Dynastie die eigentliche Verantwortlichkeit für die beklagenswerthen Zustände in den neapolitanischen Provinzen und die verlängerte Unordnung zu. Im Ganzen tragen alle diese Berichte das Gepräge einer aufrichtigen Theilnahme an der italienischen Sache und ihre Veröffentlichung beweist, daß die französische Regierung wenigstens gegenwärtig nicht mehr an einen italienischen Bundesstaat und an die Wiederherstellung einer gesonderten Regierung in Neapel denkt.

Paris, 30. Januar. [Tagesnotizen.] Durch kaiserliche Dekrete vom 25. d. sind die Gehalte der Professoren am College de France und am naturhistorischen Museum, so wie an den Pariser Fakultäten der Wissenschaften und der Literatur auf 7500 Franks (2000 Thlr.) festgesetzt worden. Die Akademieinspektoren in den Departements erhalten je nach den drei Abstufungen 5500, 5000 und 4500 Fr. — Die Prinzessin Mathilde hat, laut „Moniteur“, vorgestern den päpstlichen Nuntius, Msgr. Chigi, und gestern den portugiesischen Gesandten, Vicomte de Pavia, empfangen, von welchem letzteren sie ein eigenhändiges Schreiben des Königs von Portugal, so wie den ihr von diesem verliehenen Orden der heiligen Elisabeth entgegengenommen hat. — Man spricht abermals von der Ernennung Mocquards zum Senator; ein Freund des Grafen Persigny würde ihn im Kabinet des Kaisers ersetzen. Die Preßdirektion im Ministerium des Innern soll aufgelöst und der jetzige Direktor, Imhaus, anderweitig verwandt werden. — Ein Adjutant des Erzherzogs Maximilian von Oestreich ist auf der Reise von London nach Wien hier durchgekommen. — Msgr. Chigi hatte gestern eine lange und, wie es heißt, für ihn sehr zufriedenstellende Unterredung mit Thouvenel. — Man schreibt dem „Courrier de Marseille“ aus Nizza vom 19.: Heute Morgen war unsere Stadt unangenehm überrascht, sich eingeschneit zu sehen. Die Kälte war in vergangener Nacht sehr heftig gewesen, und das Thermometer ist auf 3 Centigrade unter Null gefallen. Man befürchtet sehr, daß diese für Nizza ungewöhnlich strenge Temperatur den Orangen-, Citronen- und Olivenbäumen schaden werde. — Aus Mexiko wird gemeldet, daß die mexikanischen Truppen 23,000 Mann stark bei Solebad, Cordova und Jalapa stehen. Der Ober-Befehlshaber derselben, General Uraga, hatte auf den Wunsch des englischen und französischen Gesandten eine Unterredung mit denselben gehabt. Er erklärte ihnen, er werde alle Truppen angreifen, die über Vera-Cruz hinausgehen. (S. unten.)

Paris, 31. Januar. [Zur kaiserlichen Thronrede.] Die französischen Blätter konstatiren mit großer Genugthuung den befriedigenden Eindruck, welchen die kaiserliche Rede in Deutschland hervorgerufen hat. Der heutige „Moniteur“ sagt an der Spitze seines Bülletins, der in Berlin wie in London von der Eröffnungsrede des Kaisers hervorgebrachte Eindruck sei ein außerordentlich günstiger und habe eine allgemeine Hausse der öffentlichen Fonds hervorgerufen. Berliner Korrespondenten sprechen von der günstigen Wirkung der freundlichen Worte, welche der Kaiser an Preußen gerichtet, und die auf die Finanzlage des Kaiserreichs bezüglichen Punkte hätten ganz besonders dazu beigetragen, die Geschäftsleute zu ermuthigen und zu beruhigen. In fast ganz gleicher Weise äußert sich der „Constitutionnel“ an derselben Stelle seines Bülletins, und auch dieses Blatt beruft sich auf Berliner Korrespondenzen, aus denen es geschöpft haben will.

— [Tagesnotizen.] Prinz Napoleon hat für die nothleidenden Arbeiter von Lyon und St. Etienne 1000, seine Gemahlin, die Prinzessin Clotilde, 500 Fr. gezeichnet. — Marschall Pelissier wird morgen wieder die Rückreise nach Algier antreten. — Dem Staatsrathe ist ein Projekt Betreffs der Erhöhung der Besoldungen der Landpfarrer zugegangen. Dieses wird jedenfalls eine gute Stimmung unter ihnen erzeugen. — In den hiesigen offiziellen Kreisen widerlegt man die Nachricht, daß der Graf d'Eu, Sohn des Hezogs von Nemours, von Spanien für den mexikanischen Thron vorgeschlagen worden sei. — Im gegenwärtigen Augenblick organisirt man hier ein großes musikalisches Fest, das am 23., 25. und 27. Juni im Krystallpalaste stattfinden soll. Man will die Werke Händels aufführen lassen. Ein ungeheures Orchester soll dabei mitwirken. — Im französischen gelben Buche liest man: „Die Zusammenkunft der beiden Souveräne zu Villafranca, welche dem Kriege in Italien ein Ende gemacht hat, wird durch eine Denkmünze verewigt werden, die in diesem Augenblicke der Vollendung entgegengeht.“ — Der Linienschiffskapitän Guillain ist, an Stelle des abberufenen Oberstlieutenants Durand, durch kaiserliches Dekret vom 14. Dez. v. J. zum Gouverneur von Neu-Caledonien ernannt worden. — Das in Constantine (Algerien) erscheinende Blatt „Independant“ hatte sich in mehreren nicht unterzeichneten Artikeln erlaubt, die Institutionen der Assisen und Friedensgerichte in Algerien anzugreifen. Dafür ist sein Redakteur Marlé am 10. Jan. vom Constantiner Zuchtpolizeigericht zu 14 Tagen Gefängniß und 500 Fr. Geldbuße verurtheilt worden, was der „Moniteur“ heute amtlich mittheilt. — Aus Alexandria vom gestrigen Tage wird telegraphisch gemeldet, daß der erste Minister und Vertraute des Königs von Madagascar, Namens Lambert (ein Franzose), dort eingetroffen ist und nach Paris geht, um dem Kaiser einen Auftrag des Königs Radama II. auszurichten. — Von der Insel Mauritius wird unterm 5. Januar gemeldet, daß die Cholera daselbst aufgehört hat.

Paris, 1. Februar. [Telegr.] Der heutige „Moniteur“ veröffentlicht einen Brief aus Vera-Cruz vom 31. Dezember, welchem zufolge die in Mexiko herrschende überaus große Aufregung sich zu legen begann. Der Gedanke an einen Vergleich ward nicht mehr von vorn herein als Landesverrath gebrandmarkt und zurückgewiesen. Bemerkenswerthe Anzeichen deuteten auf die Bildung einer Partei hin, welche geneigt ist, sich von einer Regierung loszusagen, die so viel Unheil über das Land gebracht hat. Die Gebildeten wünschen den Krieg nicht, und der verständige Theil der Bevölkerung verlangt die Einheit unter einer unabhängigen konstitutionellen Monarchie. Die Stimmung ist so beschaffen, daß ein auswärtiger Prinz die Sympathien des Volkes für sich haben würde. Doch werden die Verbündeten sich hüten müssen, mit Ansprüchen hervorzutreten, die wie Eroberungsplane aussehen könnten und das nationale Selbstgefühl verletzen würden.

## Schweiz.

Bern, 29. Jan. [General Dufour †; Denkmal.] Der „Confedére du Valais“ meldet aus Monthev das Ableben des Schweizergenerals Dufour. — Zur Errichtung eines Winkelrieddenkmals hat sich in der Schweiz ein Komité gebildet, das allerorts Sammlungen veranstalten läßt. Von Basel aus gingen bei demselben bereits 10,000 Frs. ein. In den übrigen Kantonen sollen die Beiträge eben so reichlich fließen.

Bern, 1. Febr. [Telegr.] Der Bundesrath hat die letzte französische Note wegen der Dappenthalaffaire beantwortet. Er beharrt auf der bestrittenen Grenzverletzung, konstatirt, daß dieselbe von der französischen Regierung befohlen worden sei und dem wohlbegründeten Begehren der Schweiz entgegen im Prinzipe aufrecht erhalten werde. Der Bundesrath protestirt gegen ein Vorgehen, durch welches die schweizerische Souveränität zurückgedrängt und der Status quo zum Nachtheil der Schweiz verändert werde.

## Italien.

Turin, 29. Januar. [Die römische Frage.] Ein Leitartikel der heutigen „Opinione“, welcher Kaiser Napoleons Thronrede bespricht, fragt, welches Auskunftsmittel den Dualismus in Italien versöhnen könnte. Thouvenels Note an Lavalette enthalte keinen Vorschlag, lade auch Rom nicht ein, einen solchen vorzulegen. Die gegenwärtigen Verhältnisse der päpstlichen Regierung schließen die Möglichkeit einer von Frankreich angerathenen Transaktion aus. Frankreich könne theilnahmvolle und uneigennützige Rathschläge ertheilen, werde aber wohl zögern, Italien nnd dem Papste Vorschläge zu machen, um sich nicht der Gefahr auszusetzen, dieselben zurückgewiesen zu sehen. Da die päpstliche Regierung die verlornen Provinzen wieder zurückerobern, Italien aber die noch in deren Besitze befindlichen an sich bringen will und muß, sei eine Transaktion unmöglich. Italien suche weniger eine Lösung, welche vom römischen Hofe angenommen wird, als eine solche, welche Frankreich genehm ist. Seien wir überzeugt, schließt der Artikel, daß der vom Kaiser ausgedrückte Wunsch, die beiden Gegensätze zu versöhnen, nur durch Vorschläge realisirt werden kann, welche in Italien ausgedacht und zur Reife gebracht werden.

— [Die Briganten.] Die „Triester Zeitung“ meldet aus Avellino, 25. Januar: „Der berüchtigte Brigante Lorenzo Candiani von Caposele wurde von einem Hirten getödtet,“ und aus Caserta, 24. Januar: „Major Sommani griff 100 berittene Briganti in dem Maierhofe Lanvina bei Serra Capriola an; zwölf derselben blieben auf dem Platze. Eine andere Bande von 120 Briganti wurde ebenfalls angegriffen und zersprengt.“ — Nach einer Turiner Depesche der „Indep.“ vom 30. Jan., haben 150 von einem gewissen Eduard Kramer befehligte Banditen Rom verlassen, um sich nach Brindisi zu begeben. Die bourbonistischen Ausschüsse bereiten neue Aufstände vor, und an der Küste von San Benedetto sind Banditen gelandet.

— [Berichtigung.] Von unterrichteter Seite wird der „N. P. Z.“ geschrieben: Die Nachricht von einer Protestation der Munizipalität von Torre del Greco gegen die Geldunterstützung, welche König Franz II. den Opfern des Ausbruchs des Vesuvs geschickt hatte, ist unbegründet. Der König hatte das Geld nicht an die Munizipalität geschickt; sein Vermittler war der Kardinal Riario Sforza, der das Geld durch Geistliche vertheilen ließ.

— [Meuchelmord.] Die „Perseveranza“ meldet, daß Msgr. Ciuffa, Präsident des Zivilgerichts von Rom, ermordet worden ist. Der Mörder, Namens Farroni, wurde auf Befehl der Behörde festgenommen.

Turin, 31. Januar. [Ministerielles Rundschreiben.] In einem an die sicilianischen Präfekten bei Gelegenheit der Aufhebung der Statthalterschaft gerichteten Rundschreiben sagt der Minister des Innern, dem Präfekten seien die geheimen Umtriebe bekannt, deren Zweck darin bestehe, der Verwaltung, so wie der nationalen Einheit Hindernisse in den Weg zu legen, und er fordere sie auf, Vorschläge zur Vereitelung dieser Umtriebe zu machen und nöthigenfalls das zur Aufrechthaltung der öffentlichen Sicherheit angestellte Personal zu modifiziren.

Rom, 29. Jan. [Eisenbahneröffnung.] Gestern fand die feierliche Eröffnung der Eisenbahn von Rom nach Ceprano statt. Die Einsegnung wurde durch den Almosenier des heiligen Vaters in Gegenwart der Kardinäle Antonelli, Altieri und Mertel vorgenommen. Die Minister des Papstes, sowie Herr v. Lavalette, General Goyon und alle französischen Generale waren zugegen, und alle diese Persönlichkeiten begaben sich, mit Ausnahme des Herrn v. Lavalette in Waggons nach Velletri. Die Eisenbahngesellschaft gab ein Bankett zu 214 Kouverts. Abends um 7 Uhr kehrte der Zug nach Rom zurück. Der Erfolg ist vollkommen.

## Amerika.

Newyork, 17. Januar. [Die Niederlage der Regierungstruppen bei Port Royal] ist immer noch ein

Gerücht, welches hervorgerufen wurde durch südstaatliche Mittheilungen, denen zufolge General Stevens durch die Konföderirten unter General Lee geschlagen worden war, bei welcher Gelegenheit ihm 300 Mann ertranken und mehrere hundert Mann gefangen genommen sein sollen. Wenn es wahr ist, daß dies am 2. oder 3. Jan. geschah, so mußte die Nachricht in den Newyorker Zeitungen, die schon bis zum 15. vorliegen, geradezu unterdrückt worden sein.

— [Vom Spezialkorrespondenten der „Times“], William Russell, ist wieder eine Reihe von Briefen aus Newyork eingegangen, denen wir Folgendes entnehmen: 14. Januar. Fast scheint es, als ob die Entlassung des Kriegsministers Cameron bloß das Signal zur Auflösung des Lincolnschen Kabinets sei. Ein derartiges Ereigniß hatte ich vor mehreren Wochen schon in Aussicht gestellt, war aber dafür hier arg zurechtgewiesen worden. Mit Cameron müssen Andere ausscheiden. Der Präsident tritt mit Entschiedenheit auf, und sollte es zu einem Kampfe zwischen Seward und Staunton kommen, so kann kein Mensch voraussagen, welche Wendung dieser nehmen wird. Die „Trent“-Affaire hat ihren bitteren Bodensatz zurückgelassen. Hohe und Niedrige sind noch zur Stunde darüber einig, daß Amerika unter günstigeren Verhältnissen die gefangenen Kommissare nimmermehr herausgegeben hätte und daß es die Schmach werde rächen müssen, gleichgültig auf wessen Seite das Recht gewesen sei. Gott bewahre mich, daß ich den Amerikanern hier Gedanken unterschiebe, die ihnen fremd sind: man lese bloß was die Zeitungen schreiben und wie die Masse sich ausspricht. Diese Massen sind jetzt geschmeidig, denn sie fühlen die starke Hand der Regierung auf ihren Schultern. Mr. Lincoln seinerseits ist zu Opfern bereit, aber mit Camerons Entlassung ist noch nicht genug gethan, ihm wird Welles wahrscheinlich folgen müssen, und was dann? Soll der Präsident sein Kabinet mit dem Sauerteig der alten Demokratenpartei versetzen, die im Kongreß wieder mächtig wird? In Zeiten wie die gegenwärtigen bildet sich regelmäßig eine Girondistenfraktion heraus, welche die Mitte halten will, und am Ende zu Grunde geht, weil sie zwischen den beiden Mühlsteinen der beiden äußersten Parteien zermalmt wird. Der Präsident, den es nach einem solchen Girondistenamt nicht gelüstet, sucht sich durch Annäherung an die demokratische Partei zu stärken und hat diese durch die Ernennung Stauntons, den sie früher sowohl als Parteimann, denn als redlichen Charakter hoch hält, zu Dank verpflichtet. Schon waren die allgemeinen Klagen über Korruption und Käuflichkeit gegen die Spitzen der Armee- und Flottenverwaltung so gewaltig geworden, daß sie ihren Ausdruck im Kongresse fanden. Es waren dies Klagen, denen keine europäische Regierung die Stirne bieten könnte, und doch klagen die Amerikaner, daß sie von Ausländern falsch geschildert werden. Es ist dies theilweise wahr, denn so arg malte sie noch keiner, als sie selber täglich thun. Hat doch erst diese Woche ein Newyorker Alderman erklärt, daß er die ganze gesetzgebende Versammlung von Albany für 8000 Doll. bestochen hatte, eine Erklärung, die vom versammelten Stadtrath mit großer Heiterkeit aufgenommen wurde. Ein vielverbreitetes Newyorker Blatt schreibt in derselben Woche: Das Wort „Lügner“ sollte hinfort nur auf Leute aus dem gemeinsten Pöbel und auf Kongreßmitglieder angewendet werden, und was Bestechungsklagen anbetrifft, hört man ja seit Monaten von ihnen am allermeisten reden. Diese waren es nun allerdings nicht, die Camerons Entfernung veranlaßten; er mußte ausscheiden, weil seine Aeußerungen über die Sklavenfrage ein weiteres Zusammenwirken mit Mr. Lincoln und General M'Clellan nicht gestatteten, weil dadurch die Abolitionisten aufgemuntert wurden, weil die Kentuckyaner geradezu vom Präsidenten seine Entfernung forderten. — 15. Januar. Die „Newyork Times“ zitirt heute, um zu beweisen, daß Seward nie Absichten auf Kanada hatte, Stellen aus Briefen, die er im Jahre 1857 an das „Albany Evening Journal“ geschrieben hatte. Damals war er auf einer Erholungsreise in Kanada begriffen, und in einem Briefe sagte er: den Gedanken, daß Kanada bald den Vereinigten Staaten angehören werde, sei er auf dieser Reise los geworden; vielmehr glaube er jetzt, daß dies niemals geschehen werde, daß Kanada aber auch auf die Länge nicht englisches Besitzthum bleiben könne. Wahrscheinlich werde es sich zu einer Art protestantischen zivilisirten Rußland herausbilden; deshalb „sollten die Vereinigten Staaten sich der Botmäßigkeit Kanada's versichern, so lange es noch jung sei und seine Zukunft nicht ahne.“ Daraus ließe sich eben so gut beweisen, daß er Kanada inkorporiren will, als daß er diesen Gedanken über Bord geworfen hat. Seward hegt, wie mir scheint, innerlich viel Achtung und Bewunderung für England, ohne diese auf dessen Regierung und soziales System auszudehnen. Daß er und die Anderen auch vor den Kanadiern größeren Respekt bekommen haben, seit sie deren Kriegsrüstungen erfuhren, geht aus tausend kleinen Andeutungen hervor. Sein Antrag, die britischen Truppen durch Maine marschiren zu lassen, ist in der That mehr als höflich; auffallenderweise wird in den hiesigen Blättern davon sehr wenig gesprochen. — 16. Jan. Meine wiederholt gemachte Prophezeiung von der Einstellung der Baarzahlungen ist wahr geworden. Neu dürfte Ihnen aber sein, daß der Entwerthung der Banknoten mit Militärgewalt entgegengetreten wird. Zur Begründung dieser Angabe diene Folgendes: Ein Kompagnon des Hauses Gebrüder Harpner ist vorigen Freitag verhaftet worden, weil er beim Verkauf seiner Waaren die Staatsschatznoten nur zu einem Diskonto von 5 Proz. unter dem Nominalwerth annehmen wollte. Er wurde dem Militärgericht überwiesen und der Militärgouverneur, General Montgomery, hat entschieden, daß Jedermann, der Staatsnoten entwerthet, oder ihrer Zirkulation hinderlich ist, verhaftet und bestraft werden soll. Trotzdem wollen in einzelnen Truppenlagern die Händler Staatsnoten nur mit 10—12 Proz. unter pari annehmen.

## Vom Landtage.

Mit dem Staatshaushalt pro 1862 ist den beiden Häusern des Landtages folgende Denkschrift zum Hauptetat der Militärverwaltung zugegangen: In der Denkschrift zum Hauptetat der Militärverwaltung pro 1861, welche dem Staatshaushalts-Etat für das Jahr 1861 beigefügt worden, so wie in den Motiven zu dem Gesetze, betreffend die Abänderung und Ergänzung einiger Bestimmungen des Gesetzes über die Verpflichtung zum Kriegsdienste vom 3. Septbr. 1814, ist die gebieterische Nothwendigkeit einer Verstärkung des stehenden Heeres, so wie der hieraus als erforderlich sich ergebenden Umgestaltung der Verpflichtung für den Dienst im stehenden Heere und in der Landwehr ausführlich dargelegt worden. Es erscheint daher nicht erforderlich, hierauf an dieser Stelle nochmals zurückzukommen. Dagegen wird speziell in Bezug auf den Hauptetat der Militärverwaltung für das Jahr 1862 Folgendes bemerkt. Für dasselbe stellt sich der Kostenaufwand der verstärkten Heeres-Formation heraus auf: a) für die laufenden Bedürfnisse 40,143,732 Thlr., b) für die einmaligen Bedürfnisse 2,065,849 Thlr., zusammen 42,209,581 Thlr. Der durch das Gesetz vom 22. Juni 1861 festgestellte Staatshaushalts-Etat für das genannte Jahr bewilligte für die Armee: a) zu den laufenden Bedürfnissen 38,541,747 Thlr., b) zu den einmaligen Bedürfnissen 1,819,357 Thlr., zusammen 40,361,104 Thlr. Der Etat für 1862 würde somit ein Mehr von 1,848,477 Thlrn. erfordern, darunter 246,492 Thlr. zu einmaligen Ausgaben. Dieser Mehrbedarf findet vorzugsweise seine Begründung in der Verstärkung der neu errichteten Infanterie-Regimenter auf die volle Etatsstärke, eine Maaßregel, welche mit dem Einstellungs-Termin der Rekruten im Jahre 1861 ins Leben getreten ist. Es waren daher in dem Etat für das letztgenannte Jahr die bezüglichen Ausgaben nur vom 1. November ab, also für nur 2 Monate in Ansatz gebracht, während die Etats-Erhöhung pro 1862 für das volle Jahr zu veranschlagen war. Ferner sind die Kosten zur Formation von 8 Linien-Eskadrons mit dem 1. Okt. 1862, wie solche nach dem ursprünglichen Organisationsplan beabsichtigt worden, aufgenommen. In Berücksichtigung der zeitigen Finanzlage des Staates hat jedoch die königl. Staatsregierung sich für verpflichtet erachtet, des Sorgfältigsten zu erwägen, ob und durch welche Maaßregeln die für die Armee im Jahre 1862 veranschlagten Ausgaben zu ermäßigen sein möchten, und zwar ohne die Heeresorganisation in ihrem Prinzipe zu gefährden. Demgemäß ist: 1) auch für 1862 die Errichtung von 8 Linien-Eskadrons noch auszusetzen beschlossen, 2) eine frühere als die gewöhnliche Entlassung der Reserven und spätere als die gewöhnliche Einstellung der Rekruten und 3) eine Beschränkung der Truppenübungen angeordnet worden. Durch diese Allerhöchsten Bestimmungen ermäßigt sich der für 1862 veranschlagte Bedarf um 1,521,181 Thlr. einschließlich einer Summe von 239,187 Thlrn. zu einmaligen Ausgaben. Diesem Betrage sind hinzuzurechnen die für vakante Stellen, namentlich am Offizier-Etat, zu gewärtigenden Ersparnisse mit 251,695 Thlr. Es giebt dies zusammen einen Minderbedarf von 1,772,876 Thlrn. Der für 1862 veranschlagte Bedarf von 42,209,581 Thlrn. ermäßigt sich daher nach Abrechnung vorerwähnter Summe auf 40,436,705 Thlr. Derselbe überschreitet somit den für das Jahr 1861 bewilligten Betrag von 40,361,104 Thlrn. nur noch um die geringe Summe von 75,601 Thlrn. Von diesem Mehrbetrage müssen jedoch noch 13,300 Thlr. zurückgerechnet werden, welche zu Besoldungsverbesserungen aus der im Staatshaushalts-Etat für 1861 zu diesem Zwecke enthaltenen Summe von 225,000 Thlrn. auf den Militär-Etat für 1862 nur übertragen worden sind. Das eigentliche Mehr pro 1862 stellt sich daher auf nur 62,301 Thlr. heraus, darunter zu einmaligen Ausgaben 7,305 Thlr. Es verbleibt somit zu den laufenden Ausgaben ein Mehr von 54,996 Thlrn. Die kgl. Staatsregierung vermeint durch diese, wie ausdrücklich bemerkt wird, nur temporären Maaßnahmen den Militär-Etat pro 1862 auf das unabweisliche Bedürfniß beschränkt zu haben.

### Herrenhaus.

**Berlin**, 1. Febr. [5. Sitzung.] Der Präsident Prinz zu Hohenlohe-Ingelfingen eröffnet die Sitzung um 1¼ Uhr. Die Tribünen, namentlich die der Abgeordneten, sind besucht. Mehrere Offiziere befinden sich auf denselben. Am Ministertische: Graf Pückler, Graf Schwerin, v. Roon, v. Bernuth und Komm. Oberst v. Bose. Der Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der Kommission über den Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung und Ergänzung einiger Bestimmungen des Gesetzes über die Verpflichtung zum Kriegsdienst vom 3. Septbr. 1814. Berichterstatter Frhr. v. Buddenbrock. Die Kommission hat (wie schon erwähnt) einstimmig die Annahme des Gesetzentwurfs beantragt, ohne irgend eine Veränderung zu beantragen. — Nach Erledigung mehrerer geschäftlicher Mittheilungen wird ein Schreiben des Ministers des Innern verlesen, welches die Anzeige des im vorigen Jahre erfolgten Todes des Grafen Pourtalès enthält. — Auf Vorschlag des Präsidenten wird, nachdem der Finanzminister mitgetheilt, daß 250 Exemplare des Staatshaushalts dem Herrenhause zur Verfügung gestellt, und die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses bereits ihr erstes Protokoll dem Herrenhause hat zugehen lassen, beschlossen, die Budgetkommission zu wählen. Ebenso beschließt das Haus die Kreisordnungskommission um 5 Mitglieder aus den Provinzen Posen und Westfalen zu verstärken. — Dem Hause wird endlich die Anzeige vom Ableben des Prinzen von Schönaich-Karolath gemacht, worauf die Berathung über das Militärgesetz beginnt. Der Referent entwickelt die Ansichten der Kommission. Das Gesetz von 1814 sei in einer glorreichen Zeit gegeben, wo Preußen das fremde Joch abgeworfen unter der Führung seines Königs. Unser jetziger Monarch trete in die Fußtapfen seines hohen Vaters, indem er die damalige Gesetzgebung den Bedürfnissen der Zeit anpasse. Bereits früher habe das Haus sich für die Heeresorganisation erklärt. Der Gesetzentwurf schließe sich dieser an. Die Kommission theile mit Sr. Majestät den Wunsch, daß die Armee das preußische Volk in Waffen werde. Er schließt mit dem Vorschlage, die Generaldiskussion mit der Diskussion über §. 1 zu verbinden. Das Haus tritt dem Vorschlage bei; es findet aber keine Diskussion statt, der §. 1 wird einstimmig angenommen; ebenso die §§. 2, 3 und 4 und hierauf der ganze Entwurf einstimmig. — Graf Rittberg beantragt die Niedersetzung der um 3 Mitglieder zu verstärkenden Justizkommision; der Präsident schließt sich dem Antrage an, dem im Hause kein Widerspruch begegnet. Schluß der Sitzung 1 Uhr 40 Min. Nächste Sitzung unbestimmt.

### Haus der Abgeordneten.

— Der in der Sitzung vom 29. Jan. eingebrachte Antrag des Abgeordneten Wachler lautet wörtlich: „Das hohe Haus der Abgeordneten wolle beschließen: den anliegenden Entwurf eines Gesetzes, betreffend die gerichtliche Verfolgung von Beamten wegen Amts- und Diensthandlungen anzunehmen.“ In den Motiven wird ausgeführt: Die Beseitigung des Gesetzes vom 13. Febr. 1854, betreffend die Konflikte bei gerichtlichen Verfolgungen wegen Amts- und Diensthandlungen gehört zu den dringendsten und berechtigsten Wünschen des Landes und ist daher zur großen Befriedigung desselben bereits in der vorjährigen Sitzungsperiode von der kgl. Staatsregierung selbst beantragt und von dem Abgeordnetenhause mit großer Majorität beschlossen worden. Das gedachte Gesetz, welches mit dem Geiste des Art. 97 der Verfassungsurkunde nicht vereinbar ist, widerstreitet den Erfordernissen des zu erstrebenden Rechtsstaates, indem es die Entscheidung der Frage, ob ein Beamter die Grenzen seiner Amtsbefugnisse innegehalten, resp. Handlungen, zu denen sein Amt ihn verpflichtet, unterlassen habe, der Kognition des kompetenten Richters entzieht und einem nicht aus unabhängigen Richtern bestehenden Kompetenz-Gerichtshofe überweist. Daß hiezu auch ein praktisches Bedürfniß nicht vorliegt, ist von der kgl. Staatsregierung selbst anerkannt worden; für die Beseitigung des gedachten Gesetzes spricht auch der Grund, daß ohne dieselbe die in der gegenwärtigen Sitzungsperiode von der kgl. Staatsregierung vorgeschlagene Erweiterung der Anklagebefugniß des Verletzten im Strafprozesse ihren Zweck zum Theil verfehlen würde. Abgesehen hiervon erfordert auch die beabsichtigte Aenderung der ländlichen Polizeiverwaltung in den sechs östlichen Provinzen die Aufhebung des mehrerwähnten Gesetzes, wenn die Polizeiverwaltung mit Vertrauen in die Hände der durch den gerechten Gesetzentwurf dazu berufenen Organe gelegt werden soll. Unterstützt ist der Antrag durch: v. Arnim, Baier, v. Benda, Bering, Borsche, Bürgers, Calow, v. Carnall, Delius, v. Diederichs, Freiherr v. Diepenbrock-Grüter, Dierschke, Freiherr v. Esenbeck, Dr. Fellenberg, Fliegel, v. Funk, Götz, Häger, v. Hartmann, v. Kathen, Kautz, Kette, Kleemann, Kleinwächter, Knövenagel, Koch, Krause (Magdeburg), v. Leipziger, Dr. Lette, zur Megede, Model, Nemitz, Nitschke, Ottow, Pasewaldt, Richter, Freiherr v. Richthofen (Striegau), Freiherr v. Richthofen (Jauer), Rieboldt, Riemann, Ritter, Robert-Tornow, Dr. v. Rönne (Glogau), Dr. Roepel (Breslau), v. Rosenberg-Lipinsky, v. Saucken (Julienfelde), v. Saucken (Labiau), Graf v. Schack, Schanz, Dr. Schubert, Sehmsdorf, Dr. Simson, Strohn, Thaine, Wagener, Wahle.

— Die deutsche Fortschrittspartei im Hause der Abgeordneten zählt jetzt (wie schon erwähnt) 80 Mitglieder. Die Namen sind: Bahn, Bauck, Becker, Behrend, Dr. Beitzke, Dr. Bender, Bernhardi, Bresgen, Buchholz, Caspers, Chomse, Coupienne, Diesterweg, Duncker, Faucher, v. Forckenbeck, Forstemann, Frentzel, Dr. Frese (Minden), Gortzitza, Groote, Haebler, Hagen, Heidenreich, v. Hennig (Graudenz), v. Hennig (Straßburg), Hirschberger, Hoffmann, v. Hoverbeck, John, Kalau von dem Hofe, Kerst, v. Kirchmann, Klotz, Dr. Kosch, Krieger (Berlin), Krieger (Goldapp), Leue (Gummersbach), Lietz, Löwe (genannt Meier zu Wachtrup), Ludewig, Dr. Lüning, Martiny, Mellien, Michaelis, Müllensiefen, Oppermann, Papendieck, Parisius (Gardelegen), Parrisius (West-Havelland), Dr. Paur, Pitzker, Post, Prince-Smith, Qual, Raffauf, Reimnitz, Römer, v. Rönne (Solingen), Roepell (Danzig), Runge, Rupp, Salfeldt, Senff, Schmiedicke, Schneider, Schultze-Delitzsch, Schumann, Schwarz, Svenke, v. d. Straeten, Steinhardt, Stephann, Taddel, Twesten, Velthusen, Virchow, Waldeck, Waldhausen, Weese. — Der Vorstand dieser Fraktion besteht für die nächsten 14 Tage aus den Abgg. Behrend, v. Forckenbeck, v. Hoverbeck, v. Rönne (Solingen), Schulze, Twesten, Waldeck. — Die Fraktion des linken Zentrums, welche sich auf Grund der „Prinzipien des Programms der deutschen Fortschrittspartei“ vereinigt hat, zählt folgende 20 Mitglieder: Aßmann, beide Bassenge, Berger, Hinrichs, Immermann, Förster, Gerlich, Krause (Züllichau), Larz, Meibauer, Müller (Arnswalde), Müller (Demmin), Mühlenbeck, Reichenheim, Schiebler, Schmidt (Beuthen), Techow, v. Baerst, Wachsmuth. Diese Fraktion hat keinen Vorstand; der Vorsitz wechselt nach der alphabetischen Reihenfolge. — Die Fraktion Bockum-Dolffs zählt einige vierzig Mitglieder.

## Lokales und Provinzielles.

st **Posen**, 2. Febr. [Schwurgericht.] Am 21. v. Mts. kam die Anklage wider den früheren Scharfrichtereibesitzer Franz Heichel hierselbst wegen versuchter Verleitung zum Meineide zur Verhandlung. Der Angeklagte, der bereits durch Erkenntniß des königl. Schwurgerichts zu Posen vom 24. Januar 1856 wegen Theilnahme an einem Meineide, sowie wegen versuchter Verleitung zum Meineide mit vier Jahren Zuchthaus bestraft worden ist, machte im Jahre 1860 nach seiner Entlassung aus dem Zuchthause die Bekanntschaft des Schuhmachergesellen Stanislaus Radzinski. Seit dieser Zeit suchte der Angeklagte den R. an sich zu ziehen, indem er ihn zu häufigen Besuchen aufforderte und jedesmal mit Essen und Trinken bewirthete. Eines Tages eröffnete der Angeklagte dem R., daß derselbe gut leben könne, wenn er mit ihm einverstanden wäre. Zugleich fragte der Angeklagte, ob R. sich selbständig zu etabliren im Stande sei, und als dieser die Frage mit dem Bemerken verneinte, daß es ihm an den nöthigen Mitteln fehle, erklärte der Angeklagte, daß er ihm dazu verhelfen werde. Hieran knüpfte er die Aufforderung, R. solle in einem von dem Angeklagten gegen einen nicht genannten Juden anzustrengenden Prozesse vor Gericht eidlich bezeugen, daß er zugegen gewesen, als der Jude ihm versprochen, die schuldige Summe an einem bestimmten Tage abzugeben. R. ging auf das Verlangen des Angeklagten zwar scheinbar ein, der Plan ist indessen nicht zur Ausführung gekommen. Später unterhielten sich der Angeklagte und R. eines Tages über den nicht lange vorher am 24. Dezember 1860 verstorbenen Gerichts-Exekutor Kostrzewski. Bei dieser Gelegenheit theilte der Angeklagte dem R. mit, daß ihm Kostrzewski 350 Thlr. aus einem Darlehn schuldig gewesen sei. Er wolle jetzt die Wittwe und Erben des Kostrzewski auf Zahlung dieser Summe verklagen und R. solle in diesem Prozesse gegen Empfang von 50 Thlr. vor Gericht eidlich bezeugen, daß er eines Abends mit Arbeit zum Angeklagten gekommen sei, hier den Kostrzewski angetroffen und gehört habe, wie K. versprochen habe, daß er die schuldigen 350 Thlr. dem Angeklagten an einem bestimmten Tage zahlen werde. Diese Thatsachen, zu deren eidlichen Bekräftigung der Angeklagte den R. somit aufgefordert hat, sind unwahr, wie dies der Angeklagte selbst nicht in Abrede gestellt hat. Er hat nun zwar behauptet, R. habe sich im Gegentheil selber zur Ableistung dieses falschen Zeugnisses in dem Prozeß wider die Wittwe und Erben des Kostrzewski wegen 350 Thlr., welchen Heichel ausweislich der betreffenden Prozeßakten thatsächlich unter dem 15. Juli 1861 angestrengt hat, erboten und sei von ihm, dem Heichel, abgewiesen worden. Indessen wird die Aussage des R. durch die nachfolgenden Umstände in hohem Grade unterstützt. Heichel hat, als er im hiesigen Gefängnisse in Haft gehalten wurde, wiederholentlich den Versuch gemacht, mit einer gewissen Pauline Heyn, seiner Wirthschafterin, die er als Zeugin darüber in Vorschlag gebracht hatte, daß er dem Kostrzewski wirklich 350 Thlr. dargeliehen und R. sich ihm in dem Prozesse mit der Wittwe und den Erben des Kostrzewski zum falschen Zeugniß erboten habe, in Briefwechsel zu treten. Namentlich hat er einem Mitgefangenen, Hermann Bernstein, zwei geständlich an die Pauline Heyn gerichtete Briefe diktirt, welche Bernstein durch den Gefangenwärter Thomas an das Gericht hat abliefern lassen. In dem einen dieser mit den Worten: „Liebe Pauline!“ überschriebenen Briefe theilt Heichel der Pauline Heyn seine Aussagen vor dem Untersuchungsrichter mit, giebt die Zeugen an, auf die er sich berufen habe, und unterrichtet die Pauline Heyn aufs Allergenaueste, wie sie aussagen solle, daß sie sich ganz nach seinen Aussagen richten und vor Gericht recht „forsch“ auftreten müsse. An und für sich schon ist es im höchsten Grade unwahrscheinlich, daß H. dem K. überhaupt ein Darlehen von 350 Thlr. gegeben habe. Der verstorbene Exekutor K. hatte, wie dessen Wittwe bekundet, mit H. gar keinen Verkehr, und dennoch will H. demselben eine für die Verhältnisse Beider so bedeutende Summe ohne jedes schriftliche Empfangsbekenntniß auf mehrere Monate dargeliehen haben. Abgesehen davon, besaß H. zur Zeit, wo er das Geld hergegeben haben will, etwa Mitte Oktober 1860, gar nicht die erforderlichen Mittel. Er hat einräumen müssen, im Jahre 1860 behufs Beschaffung von Darlehnen, Wechsel, im Betrage von 1000 Thlr., ausgestellt zu haben, namentlich einen solchen an Louis Jarecki über 600 Thlr., auf den er 298 Thlr. baar empfangen hat, ferner einen über 250 Thlr. an Bernhard Lewy, auf den er 200 Thlr., endlich einen an Karl Feldblum und Ueberscher über 150 Thlr., auf den er 70 Thlr. erhalten hat. Es ist schwer denkbar, daß H., der hiernach selber nur unter den größten Verlusten und mit der strengsten Haftbarkeit Darlehne sich zu verschaffen im Stande war, ein solches ohne jede Sicherheit und selbst ohne Schuldschein an einen ihm nicht einmal befreundeten Menschen gegeben haben sollte. — Die Geschworenen erachteten denn auch den Angeklagten trotz seines Läugnens des Verbrechens, dessen ihn die Anklage bezüchtigt hat, für schuldig, und der Gerichtshof verurtheilte ihn dafür zu einer Zuchthausstrafe von 4 Jahren und 6 Monaten. — Von den übrigen in dieser Sitzungsperiode, die am 23. v. M. geschlossen wurde, zur Verhandlung gekommenen Anklagen hatte keine ein besonderes Interesse.

Die zweite diesjährige Schwurgerichts-Sitzungsperiode nimmt am 3. März d. J. ihren Anfang. Außerdem beginnen Schwurgerichtssitzungen in diesem Jahre noch am 28. April, 1. Juli, 15. September und 17. November.

— [Die Verwaltung des Landrathsamtes Wirsitz] ist vom 3. v. Mts. ab dem Regierungs-Assessor Schoulz aus Bromberg übertragen worden.

EO **Posen**, 3. Febr. [Das neue Realschulgebäude.] Nachdem bereits im Laufe des vergangenen Herbstes die Fundamentalbauten zu unserer neuen Realschule ziemlich weit vorgeschritten sind, wird es schon jetzt möglich, sich ein ziemlich klares Bild dieses schönen Gebäudes, das allerdings erst zum Herbste 1863 vollendet sein wird, zu entwerfen. Von der Schützenstraße wird man durch einen kunstvollen Gitterzaun zunächst in einen freundlichen Garten von 75 Fuß Tiefe eintreten, der durch die Hauptfront des Gebäudes begrenzt wird. Dieses Hauptgebäude erhält eine Länge von 125 F., in der Hauptmasse eine Höhe von 61 und in den zwei Eckthürmen von 77 F. An dasselbe schließen sich rechts und links zwei Flügelgebäude an, die mit Einschluß der Tiefe des Hauptgebäudes je 111 F. Länge, in ihrer Hauptmasse ebenfalls 61 und in den Eckthürmen 77 F. Höhe bekommen. Zu derselben Thurmhöhe erhebt sich der hintere Theil des Hauptgebäudes, gewissermaßen als Zentrum des Baues denjenigen Theil bezeichnend, in welchem sich die bedeutendsten Räumlichkeiten befinden, nämlich: im Souterrain die Turnhalle, darüber das Auditorium für Chemie, dann der Zwischensaal und endlich die Aula. Rechts und links von beiden Flügeln befinden sich zwei Wirthschaftshöfe, zwischen beiden Flügeln aber liegt der Schulhof. In der Hauptfront des Gebäudes sind 3 Eingänge, von denen der Haupteingang in einem Rundbau liegt, welcher aus der Mitte der Front herausspringt und mit einer Flachkuppel schließt. Durch diesen Rundbau führt eine massive, gewölbte Treppe bis zum höchsten Stockwerke. Alle Treppen überhaupt, Zugänge und Korridore werden im ganzen Gebäude überwölbt. Da die Hauptfront des Gebäudes nach der Straße und nach Süden gerichtet ist, werden die Klassenzimmer abwärts von dieser Front gelegt, und zwar mit den Fenstern meistens nach Osten und Westen, einige davon, besonders der Zeichensaal nach Norden, des günstigeren Lichtes wegen. Alle Zimmer sind so angelegt, daß die längere Seite dem Lichte zugekehrt ist, und daß nur von einer Seite das Licht einfällt. Die Höhe der einzelnen Stockwerke beträgt 14—15 F. Im Souterrain werden liegen: Das chemische Laboratorium, die Turnhalle (52½' lang, 34½' tief, 16' hoch), die Kastellanwohnung, das Karzer und diverse Holz- und Wirthschaftskeller, alle diese Räume außer der Turnhalle gewölbt. Das Parterre wird enthalten: Das Auditorium für Chemie, das chemische Kabinet, ein Konferenzzimmer (nach dem Schulhofe hin) 2 Klassenzimmer für Sexta (für je 80 Schüler), 2 für Quinta (für 50 und 80 Schüler), 1 für Quarta (für 50 Schüler) und 1 Reserveklasse (für 40 Schüler). In

(Fortsetzung in der Beilage.)

dem ersten Stockwerke werden liegen: 1 Klassenzimmer für Quarta (für 80 Schüler), 3 für Tertia (eins für 50, zwei für je 80 Sch.), 2 für Prima (eine für 50, die andere für 30 Schüler), der Zeichensaal mit Vorraum, die Schüler- und die Lehrerbibliothek und ein zweites Konferenzzimmer (nach der Straße hin). Das zweite Stockwerk wird enthalten: 2 Klassenzimmer für Sekunda (eins für 50, das andere für 80 Schüler), ein Lehrzimmer für Physik nebst Kabinet, die Direktorwohnung nebst Sprechzimmer und die Aula. Letztere erhält 53 F. Länge, 35 F. Tiefe, $28\frac{1}{2}$ F. Höhe, im Ganzen 1855 Quadratfuß Flächeninhalt und in halber Höhe Logen für die Zuhörer. Dieser Saal ist beinahe so groß, wie der Saal der Berliner Realschule in der Kochstraße, und bedeutend größer, als der Saal der Marienschule, der nur 1500 Quadratfuß Flächeninhalt hat. Die noch höher liegenden Gebäudetheile (in den Thürmen) werden enthalten: ein Naturalienkabinet, die Logen und Vorzimmer zur Aula und einige Zimmer der Direktorwohnung. Im Ganzen wird das Gebäude enthalten 14 Klassenzimmer für die enorme Anzahl von 880 Schülern! Der talentvolle Baumeister Schultz, der den Plan zu diesem Gebäude entworfen hat und auch die Ausführung leiten wird, hat den Rohbaustil dafür gewählt, jene Bauart, die im Mittelalter bei uns die herrschende war und die sich auch am besten für monumentale Bauten in unseren Gegenden eignet. Zur Anwendung kommt dabei der romanische (Rundbogen-) Stil, und wir dürfen wohl erwarten, daß dieses Gebäude äußerlich und innerlich eine wahrhafte Zierde unserer Stadt werden wird.

Σ Schwerin, 2. Februar. [Abschiedsfeier; Handwerkerverein; Turnverein.] Abends, am 27. v. M. fand zu Ehren des hiesigen Kreisgerichtsraths Volbeding, der an das Kreisgericht zu Kempen berufen ist, eine solenne Abschiedsfeier statt. Es hatten sich 50—60 Freunde und Verehrer desselben aus fast allen Ständen der hiesigen Bevölkerung, auch die meisten Mitglieder der Liedertafel, eingefunden, um dem Scheidenden, der bei der hiesigen Kreisgerichtskommission beinahe 6 Jahre als Richter gewirkt und sich als solcher, wie in seinem außeramtlichen Verkehr allgemeine Liebe und Achtung erworben, die Beweise ihrer Verehrung an den Tag zu legen. Während der Tafelrunde wurden verschiedene sinnige Toaste in gebundener und ungebundener Rede auf den Gefeierten ausgebracht, während geeignete Vorträge der Liedertafel zur Erhöhung der gemüthlichen Feier beitrugen. — Der hiesige Handwerkerverein, dessen Thätigkeit von vornherein eine verfehlte war, insofern sie mehr auf besondere Interessen und längst überwundene tendenziöse Zwecke ausging, nicht aber die eigentlichen Lebensfragen der Betheiligten (geistige Bildung, Assoziationswesen 2c.) zum Ziele seines Strebens machte, hat in Folge der letzten politischen Wahlen vollends einen sehr empfindlichen Stoß erlitten. Er existirt jetzt nur noch mehr dem Namen nach, als in der Wirklichkeit. — Dagegen zeigt sich für den im September von dem Rendanten Schmidt, Kaufmann Ph. Cohn, den Aktuarien Heck und Hohensee gegründete Turnverein ein recht lebhaftes Interesse. Seit den vier Monaten seines Bestehens zählt er bereits 61 Mitglieder, für unsern Ort eine bedeutende Zahl, die noch immer im Steigen begriffen ist. Es wird an zwei Tagen der Woche je 2 Stunden geturnt. Zu den Winterübungen hat die hiesige Gilde einen geeigneten Saal im neuen Schützenhause bereitwillig hergegeben. Der monatliche Beitrag wurde vorläufig auf 5 Sgr. bestimmt und ein Beitrittsgeld von 10 Sgr. erhoben. Voraussichtlich wird indeß mit Ende d. J. eine Herabsetzung des Beitrages eintreten können, sofern bis dahin die Anschaffungskosten für die Turngeräthe sämmtlich gedeckt sind.

ξ Bromberg, 1. Febr. [Verurtheilung; Freisprechung; Urkundenfälschung.] Die Kriminaldeputation des Kreisgerichts zu Inowraclaw hat den kathol. Geistlichen Weyna aus Ludzisk (Kr. Inowraclaw) wegen Anreizung der Unterthanen des Staates zum Ungehorsam gegen die Obrigkeit 2c. am 29. v. Mts. mit einem Jahre Gefängniß belegt. Im November pr. stimmte Weyna nämlich eines Sonntages nach beendetem Gottesdienste in Ludzisk das Lied: „Boże coś Polskę" an. Der dortige Organist erklärte, das Lied sei ein von der k. Regierung verbotenes und ihm daher zu spielen nicht erlaubt. Da alle Gegenvorstellungen erfolglos blieben, so enthob ihn der Geistliche seines Organistenamtes und forderte die Gemeinde von der Kanzel herab auf, ihre Kinder nicht mehr zu demselben in die Schule zu schicken, da er am Ende ja auch Lehren gegen die heilige katholische Religion verbreiten könnte u. s. w. Mehrere Bauern behielten in Folge dessen ihre Kinder aus der Schule; ja sie sagten sogar in ihrem angefachten religiösen Eifer, sie würden die Kinder nicht mehr in die Schule schicken, wenn sie auch 100 Thlr. Strafe bezahlen müßten. Einige über sie Seitens des Landrathsamtes verhängte Schulstrafen haben die Bethörten indeß bald zur Vernunft gebracht, und ihre Kinder besuchen die Schule jetzt nach wie vor. Ein ähnlicher Fall ist von Weyna noch in einem anderen Kirchdorfe hervorgerufen worden. — Am Mittwoch herrschte hier unter einem großen Theile unserer jüdischen Gemeinde eine nicht geringe Spannung über den Ausgang eines Prozesses, der seit vielen Wochen in den betreffenden Kreisen ein ernster Gegenstand der Unterhaltung war. Auf der Anklagebank vor der Kriminaldeputation des hiesigen Kreisgerichts saßen nämlich der Dichter Julius Kossarski und der Klempnermeister Philipp Fraenkel von hier, beschuldigt der Störung des Gottesdienstes im Tempel resp. der Beleidigung eines öffentlichen Beamten. Am 25. September wurden im jüdischen Tempel hierselbst beim Gottesdienste am 7. Tage des Lauberhüttenfestes, während der Umgang um die Thora stattfand, die Beiträge zur Beschaffung von Paradiesäpfeln eingesammelt. Kossarski und Fraenkel, Repräsentanten der Synagogengemeinde, der orthodoxen Richtung angehörend, vermutheten, man wolle Neuerungen treffen, und äußerten sich laut darüber mißbilligend. Es entstand in Folge dessen Lärm und Aufregung im Tempel, so daß der Kantor im Rezitiren des Gebetes innehielt. Am Schlusse des Gottesdienstes wurde die qu. Sammlung wiederholt und Fraenkel übergab die Beiträge dem Kaufmann J. Davidsohn als Verwaltungsbeamten und dem Kaufmann Jarodzki. Es verlangten hierauf aber Kossarski wie auch Fraenkel die Zählung des Geldes, indem namentlich Letzterer öffentlich erklärte, Davidsohn sei nicht sicher. Dieser Vorgang im Tempel wurde nun Seitens der liberalen Partei der Juden bei der k. Staatsanwaltschaft anhängig gemacht, welche darin bei K. ein Vergehen gegen §. 136 und bei F. ein solches gegen §§. 102 und 152 Str. Ges. B. erblickte. Indeß treten namentlich Seitens der orthodoxen Judenschaft so viele Entlastungszeugen auf, daß die k. Staatsanwaltschaft, gar keinen Strafantrag stellte, und somit auf Freisprechung der Angeklagten erkannt wurde. — Der hiesigen k. Ostbahndirektion wurden kürzlich von einem Restaurateur in Danzig einige Fahrbillete zur Fahrt von Danzig nach Bromberg 2c. zugesandt, mit dem Bemerken, daß Derjenige, dem er diese Billete zur Benutzung übergeben sollte, bereits abgereist sei. Es stellte sich heraus, daß diese Billets falsch und in der Druckerei des hiesigen Bahnhofes angefertigt waren. Sie sollen den echten ganz ähnlich sehen, auch den richtigen Tagesstempel haben. Die Sache ist, wie ich höre, der Staatsanwaltschaft zur Untersuchung übergeben.

## Vermischtes.

* Ueber die Explosion im Auersperg'schen Palais schreibt man der „Wien. Ztg." aus Prag, 28. Januar: Den ganzen Tag strömen Schaulustige nach dem Waldsteinplatze auf die Kleinseite, die Verheerungen zu sehen, welche heute früh die Gasexplosion am fürstlich Auerspergschen Palais angerichtet hat. Diese Verheerungen sind in der That furchtbar. Bis zum Waldstein'schen Palais, also in eine Entfernung von 60 Schritten, flogen die Glassplitter der zertrümmerten, fingerdicken Fensterscheiben (deren an der Vorfronte des Palastes nur wenige ganz blieben); in der Mitte des Waldsteinplatzes, über dreißig Schritt vom Auerspergschen Palais, liegen massenhaft Ziegel und sonstige Mauertrümmer aufgehäuft, welche die Gewalt der Explosion, die gegen den Platz zugehende Mauer unter den Lauben durchbrechend, bis dorthin geschleudert hatte. Die Explosion war in einem ebenerdigen, unter den Wohngemächern des Fürsten Auersperg, Präsidenten des Herrenhauses, befindlichen gewölbten Lokale, wo zwei für die Beleuchtung des Palastes nöthige Gasmesser standen, erfolgt, und zwar mit solcher Heftigkeit, daß sie nicht nur, wie erwähnt, gegen den Platz zu die Mauer durchbrach und in der Wand gegen die Durchfahrt starke Risse, oder vielmehr Zerklüftungen hervorbrachte, sondern auch nach oben die Wölbung durchschlug, so daß an dem darüber befindlichen fürstlichen Wohnzimmer ein Loch von mindestens zwei Quadratklafter Ausdehnung im Fußboden entstand. Alle Glassachen, alles Porzellangeschirr, daß sich in diesem Zimmer befand, ist zu Scherben zersplittert, vom Plafond ein großes Stück des Anwurfs heruntergeschleudert und selbst im zweiten Stockwerk die Lustres zerschlagen. Die Entstehungsursache war Unvorsichtigkeit. Den Gasmessern war über Nacht massenhaft Gas entströmt, welches, mit der atmosphärischen Luft sich vermengend, eine Menge Knallgas entwickelte. Als nun etwa um 9 Uhr früh der Portier unvorsichtiger Weise mit einer brennenden Kerze in der Hand in das Gemach trat, entzündete sich das Knallgas und brachte die geschilderten Verheerungen hervor. Leider beschränkte sich das Unglück nicht auf diese. Dem Portier zerbrach nämlich die Explosion, ihn weit wegschleudernd den rechten Unterschenkel und das Nasenbein, außerdem erlitt der Unglückliche Brandwunden im Gesichte, am Kopf und an der rechten Hand und eine Rißwunde an der Unterlippe. Er wurde in das allgemeine Krankenhaus gebracht, eben so ein Zimmerputzer, der Brandwunden am Kopf und im Gesicht erlitten hatte. Eine dritte Person (vom Dienstpersonale) kam mit einigen leichten Beschädigungen davon.

## Erinnerung an den 3. Februar 1813.

Fast funfzig Jahre hat die Zeit verschlungen,
Als Deines Tages helle Morgenröthe
Durch Tyrannei und Willkür durchgedrungen,
Als Preußens Fürst das Siegesschwert geschwungen,
Das Banner vor den Heldenschaaren wehte,
Begeisterung erwacht auf Deutschlands Gauen,
Sich neu der Freiheit Tempel aufzubauen.

Der Tempel deutscher Größe war gesunken,
Entlaubet Wodans schöne Buchenhaine,
Des Wüthrichs Schaaren schnaubten siegestrunken,
Das Hermannsschwert, es sprühte Rachefunken;
Doch auf der Vorzeit grünbemoostem Steine,
Da wölbten sich der Freiheit eh'rne Hallen,
Wohin der Nachwelt Enkel freudig wallen.

Der Väter Geist durchdrang die Höllennächte,
Wie Blitzesstrahl durchzuckt es edle Herzen,
Ein neuer Hermann hob die kühne Rechte,
Ein Bannstrahl traf die fremden Henkersknechte,
Es galt, die große Scharte auszuwetzen;
Und aus der Wogen kühngehobnem Schwalle
Erstieg das deutsche Volk von seinem Falle.

Ja stolzes Reich, die Eichen grünen wieder,
Du hast den Kampf um ihren Schutz gesehn.
Es spreizt der Aar sein glänzendes Gefieder,
Und freie Lippen singen freie Lieder,
Da wo der Deutschen freie Banner weh'n.
Und sollt' sich einst der Himmel trübe färben,
So wird ein Volk für seine Freiheit sterben.

Armida Ruhnau.

## Angekommene Fremde.

Vom 3. Februar.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Rittergutsbesitzer Graf Bniński aus Glesno, Lieutenant im 2. (Leib-) Husaren-Regiment Herrmann aus Görlitz, Gutsadministrator Wessel und Gutspächter Stolze aus Nauen, Oberamtmann Boldt aus Neustadt b. P., die Kaufleute Schüll aus Düren, Dux und Korn aus Berlin, Vogt aus Offenbach, Silbermann aus Fürth, Spitz aus Köln, Großmann aus Leipzig, Kuhlmann aus Bingen, Lange aus Ratibor und Igel aus Elberfeld.

BUSCH'S HOTEL DE ROME. Die Kaufleute Adler und Ernst aus Berlin, Pfeiffer aus Frankfurt a. M., Müller und Neugaß aus Dresden, Gäbert aus Guben und Reinke aus Nakel, Mühlenbesitzer Bonin aus Kadzionka, Gutsbesitzer v. Paczkowski aus Kamionka und Fabrikbesitzer Mathiesen aus Penzig.

HOTEL DU NORD. Provinzial-Landschaftsdirektor und Rittergutsbesitzer v. Morawski aus Kotowiecko, Frau Rittergutsbesitzer v. Chłapowska aus Rothdorf, die Rittergutsbesitzer Graf Brzostowski aus Kobylepole, v. Morawski aus Jurkowo, v. Krynkowski aus Popowo tamkowo, v. Chłapowski aus Rothdorf, v. Łuszczewski aus Polen, v. Rutkowski aus Podlesie koscielne und v. Rutkowski aus Lawice.

OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Die Rittergutsbesitzer v. Grudzielski aus Soleczno, v. Turno aus Słopanowo, v. Wasielewski aus Chocicza, v. Klot-Trautvetter aus Wardin und Rohr aus Langenau, die Rechtsanwalte v. Trampczyński aus Schroda und Gromadziński aus Grätz, Kreisgerichts-Sekretär Czaplicki aus Samter, Frau Gutsbesitzer Wiese aus Sienno, Kommissarius Ulm aus Lomnitz, die Kaufleute Stephani aus Frankfurt a. O., Eckart aus Berlin, Hennig aus Breslau und Schulz aus Barmen.

SCHWARZER ADLER. Rittergutsbesitzer v. Szeliski aus Kleparz, Kaufmann Mannas aus Schroda, Destillateur Tschaer aus Wreschen und Gutsbesitzer v. Piątkowski aus Pierwoszewo.

# Inserate und Börsen-Nachrichten.

### Bekanntmachung,

die 7. Verloosung der Staats-Prämien-Anleihe vom Jahre 1855 betreffend.

Zu der gestern und heute öffentlich bewirkten Verloosung der Staatsprämien-Anleihe vom Jahre 1855 sind auf diejenigen 2000 Schuldverschreibungen, welche zu den am 16. September v. J. gezogenen 20 Serien gehören, die in der beiliegenden Liste aufgeführten Prämien gefallen.

Die Besitzer dieser Schuldverschreibungen werden aufgefordert, den Betrag der Prämien

**vom 1. April d. J. ab**

in den Vormittagsstunden von 9 bis 1 Uhr bei der Staatsschulden-Tilgungskasse hierselbst, Oranienstraße Nr. 94, gegen Quittung, wozu Formulare daselbst unentgeltlich verabfolgt werden, und gegen Rückgabe der Schuldverschreibungen nebst den dazu gehörigen Kupons Ser. I. Nr. 7 und 8 über die Zinsen vom 1. April 1861 ab, welche nach dem Inhalte der Schuldverschreibungen unentgeltlich abzuliefern sind, zu erheben.

Der Betrag der etwa fehlenden Kupons wird vom Prämienbetrage zurückbehalten.

Auswärtige, welche die Prämien bei einer Regierungs-Hauptkasse in Empfang zu nehmen wünschen, haben dieser die Schuldverschreibungen vom 1. März d. J. ab einzureichen, und können bei derselben sodann den Betrag der Prämien am 1. April gegen eine den Empfang aus der Staatsschulden-Tilgungskasse bescheinigende Quittung erheben.

In einen Schriftwechsel wegen der Prämienauszahlung können wir uns nicht einlassen, und es werden daher Eingaben, welche diesen Gegenstand betreffen, ohne Weiteres portopflichtig zurückgesandt werden.

Aus bereits früher verloosten und gekündigten Serien und zwar aus
Serie 1279. 1328. 1356. 1418. 1441. (1. Verloosung für 1856).
Serie 42. 55. 79. 169. 180. 182. 211. 316. 319. 390. 391. 443. 542. 715. 722. 815. 855. 863. (2. Verloosung für 1857.)
Serie 162. 750. 770. 782. 789. 890. 971. 1121. 1284. 1364. (3. Verloosung für 1858.)
Serie 106. 198. 218. 263. 267. 279. 286. 303. 327. 483. 534. 543. 547. 555. 632. 702. 764. 797. 938. 958. 1010. 1042. 1084. 1218. 1480. 1487. 1495. (4. Verloosung für 1859).
Serie 39. 174. 290. 339. 490. 601. 832. 834. 837. 846. 857. 978. 996. 1109. 1158. 1187. 1244. 1336. (5. Verloosung für 1860).
Serie 1. 9. 63. 100. 223. 233. 264. 344. 362. 379. 416. 424. 436. 444. 482. 572. 646. 672. 711. 724. 848. 849. 949. 1086. 1088. 1159. 1266. 1306. 1311. 1383. 1404. 1485. (6. Verloosung für 1861.)
sind viele Schuldverschreibungen bis jetzt noch nicht realisirt. Die Inhaber derselben werden zur Vermeidung weiteren Zinsverlustes an die baldige Erhebung ihrer Kapitalien erinnert.

**Berlin**, den 16. Januar 1862.

**Hauptverwaltung der Staatsschulden.**
v. Wedell. Gamet. Löwe. Meinecke.

Vorstehende Bekanntmachung wird hierdurch mit dem Bemerken zur Kenntniß des Publikums gebracht, daß die Prämienliste in den Büreaus der königlichen Landrathsämter, der Distriktskommissarien und der Magisträte, bei der Regierungs-Hauptkasse, den Kreissteuerkassen, den Kreisgerichts-Salarienkassen, den Postamtskassen, den Hauptsteuer- und Steueramtskassen und den Kämmereikassen zur Einsicht ausgelegt ist. Auch wird ein Exemplar der Prämienliste der am 4. Februar c. erscheinenden Nr. 5 des Amtsblattes beigegeben werden.

**Posen**, den 30. Januar 1862.

**Königliche Regierung.**
Toop.

### Bekanntmachung.

Durch die in Nr. 5 unseres diesjährigen Amtsblattes erfolgende Bekanntmachung ist die niedere Jagd für unseren Verwaltungsbezirk mit dem 10. Februar in diesem Jahre geschlossen.

**Posen**, den 27. Januar 1862.

**Königliche Regierung. Abtheilung des Innern.**

### Bekanntmachung.

**Mittwoch den 5. Februar 1862 Vormittags 10 Uhr** soll eine Quantität Roggenkleie u. s. w. in dem hiesigen königlichen Magazin öffentlich an den Meistbietenden gegen sofortige baare Bezahlung verkauft werden.

**Posen**, den 31. Januar 1862.

**Königl. Proviantamt.**

### Nothwendiger Verkauf.
**Kreisgericht zu Ostrowo.**

Die dem Maurermeister **Maximilian** und **Augusta Jacobi**'schen Eheleuten gehörigen Grundstücke

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| **Zacharzew** | Nr. 21/24 | auf 2367 Thlr. | 19 Sgr. |
| dito | „ 18/20 | „ 1051 | „ 10 „ |
| dito | „ 36 | „ 2818 | „ 2 „ |
| dito | „ 56 | „ 6694 | „ 29 „ |

gerichtlich abgeschätzt zufolge der, nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzusehenden Taxe, sollen

**am 16. Juli 1862 Vormittags 10 Uhr**

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Zugleich werden alle diejenigen, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuche nicht ersichtlichen Realforderung ihre Befriedigung aus den Kaufgeldern beanspruchen, hiermit aufgefordert, sich damit bei dem Subhastationsgericht zu melden.

Auch werden die dem Aufenthalte nach unbekannten Gläubiger: die Frau **Sophia Domicella Peskary** geb. **Błoiszewska** und deren Ehemann zu dem obigen Termine hierdurch öffentlich vorgeladen.

**Ostrowo**, den 5. Dezember 1861.

## Familien-Nachrichten.

Als Verlobte empfehlen sich:
**Bertha Lewin,**
**Lippmann Wollheim.**
**Obornik. Rogasen.**

Es hat dem Allmächtigen gefallen, unsern theuren Gatten, Vater, Schwiegervater und Großvater, den Kaufmann **L. H. Jacoby** gestern früh 5¼ Uhr im 64. Jahres seines überaus wirkungsreichen Lebens, in das Jenseits abzurufen.
Tiefbetrübt bitten wir um stille Theilnahme.
**Posen, Berlin,** 2. Februar 1862.
Die Hinterbliebenen.

Gestern früh 5½ Uhr starb nach schweren Leiden mein innigst geliebter Gatte, der Kaufmann **Salomon Lewy.** Dies zeigt tief betrübt an
**die hinterbliebene Wittwe.**
**Posen,** den 3. Februar 1862.

Nach siebenwöchentlichem schweren Leiden starb gestern Abends 6 Uhr mein guter Mann, der Justiz-Rath **Ludwig Hoppe.** Diese schmerzliche Nachricht allen Freunden und Bekannten mit der Bitte um stille Theilnahme.
**Rawicz,** den 1. Februar 1862.
**Johanna Hoppe** geb. **Zeuschner.**

Durch den heute Mittag um 1 Uhr in Folge eines am 7. dieses Monats erlittenen Schlaganfalls in einem Alter von 52 Jahren erfolgten Tod des Herrn Kaufmanns **Margolis** hat die Stadt einen allgemein geachteten Bürger, die Stadtverordneten-Versammlung ein pflichtgetreues und sehr thätiges Mitglied, die Armen ohne Ansehen der Konfession einen großen Wohlthäter und die Synagogengemeinde eines ihrer würdigsten Mitglieder verloren.

Sein so frühes Dahinscheiden wird von uns innig bedauert.

Durch seine vielseitigen Verdienste um die Stadt ist ihm ein dankbares Andenken bewahrt.

**Rawicz,** den 31. Januar 1862.
**Der Magistrat und die Stadtverordneten.**

## Auswärtige Familien-Nachrichten.

Verlobungen. Halle: Frl. J. v. Hövel mit dem Lieut. v. Rüdgisch.

Geburten. Eine Tochter dem Hauptmann Crüger in Stettin, dem Hrn. A. v. Eicke in Marschwitz.

Todesfälle. Verw. Fr. Tschacher in Plau bei Crossen, verw. Fr. A. v. d. Mosel in Cleve, Fr. Thon in Döbernitz, Major v. Schütz in Cleve, Dr. med. v. Behr in Köthen.

## Stadttheater in Posen.

Montag, zum zweiten Male: **Ein jüdischer Dienstbote.** Schauspiel mit Gesang von Elmar.

Dienstag, zum Benefiz für Hrn. Siegrist, Regisseur der Oper: **Fra Diavolo.** Romantische Oper in 3 Akten von Auber. Lady — Frl. Klotz, aus Gefälligkeit für den Benefizianten.

Donnerstag: **Undine.**

In Vorbereitung: **Gute Nacht Häuschen!** von Arthur Müller. Repertoirstück an allen ersten Bühnen Deutschlands. — **Johann von Paris.**

## Im Saale des Casino.

**Mittwoch** den 5. Februar 1862

### II. Sinfonie-Soirée.

Sinfonie B-dur (Nr. 4) von Beethoven. Ouv. z. Melusine von Mendelssohn. Sinf. von Haydn.

Anfang 7½ Uhr. Kassenpreis 15 Sgr.

Billets à 10 Sgr., numerirte Sitzplätze à 12½ Sgr., 4 nicht numerirte Abonnementbillets für 1 Thlr. sind in der Hof-Musikhandlung der Herren **Ed. Bote & G. Bock** zu haben.

***Radeck.***

## Kaufmännische Vereinigung zu Posen.

Geschäfts-Versammlung vom 2. Februar 1862.

| **Fonds.** | Br. | Gd. | bez |
|---|---|---|---|
| Preuß. 3½ % Staats-Schuldsch. | — | 89¾ | — |
| " 4 " Staats-Anleihe | — | 99½ | — |
| " 4½ " " | — | 103 | — |
| Neueste 5% Preußische Anleihe | — | 107¾ | — |
| Preuß. 3½ % Prämien-Anl. 1855 | — | 121½ | — |
| Posener 4 % Pfandbriefe | — | 103¼ | — |
| " 3½ " | — | 98 | — |
| " 4 " neue " | — | — | 96 |
| Schles. 3½ % Pfandbriefe | — | — | — |
| Westpr. 4 % " | — | 87½ | — |
| Poln. 4 " | — | 84½ | — |
| Posener Rentenbriefe | — | 97½ | — |
| " 4% Stadt-Oblig. II. Em. | — | 94¼ | — |
| " 5 " Prov. Obligat. | — | 100¾ | — |
| " Provinzial-Bankaktien | 94½ | — | — |
| Stargard-Posen. Eisenb. St.Akt. | — | 91 | — |
| Oberschl. Eisenb. St. Aktien Lit. A. | — | — | — |
| " Prioritäts-Oblig. Lit. E. | — | 84 | — |
| Polnische Banknoten | — | 84¼ | — |
| Ausländische Banknoten große Ap. | — | — | — |
| Posener 5% Kreis-Obligationen | — | 94½ | — |
| Obra Melior.-Oblig. | — | 99¼ | — |

**Roggen,** fest, pr. Febr. 44½ bz., Br. u. Gd., Febr.-März 44½ bz. u. Br., $\frac{5}{12}$ Gd., März-April $44\frac{7}{12}$ bz. u. Gd., Frühjahr $44\frac{7}{12}$ bz. u. Gd., April-Mai 44⅝ bz. u. Br., Mai-Juni 44⅝ Br. u. Gd.

**Spiritus,** fest, schließt ruhiger, gekündigt 54,000 Quart, mit Faß pr. Febr. $16\frac{1}{12}$-$\frac{1}{10}$ bz. u. Br., 16 Gd., März 16¼ bz. u. Gd., $\frac{7}{24}$ Br., April $16\frac{7}{12}$ Gd., ⅔ Br., Mai $16\frac{10}{24}$-⅜ bz. u. Gd., 17 Br., Juni $17\frac{1}{24}$-⅛-$\frac{1}{12}$ bz. u. Br., Juli 17½ Br.

## Posener Marktbericht vom 3. Febr.

| | von Thl. | von Sgr | von Pf | bis Thl. | bis Sgr | bis Pf |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Fein. Weizen, Schfl. z. 16 Mtz. | 2 | 25 | — | 2 | 27 | 6 |
| Mittel-Weizen | 2 | 20 | — | 2 | 22 | 6 |
| Bruch-Weizen | 2 | 12 | 6 | 2 | 15 | — |
| Roggen, schwerer Sorte | 1 | 26 | 3 | 1 | 27 | 6 |
| Roggen, leichtere Sorte | 1 | 21 | 3 | 1 | 23 | 9 |
| Große Gerste | 1 | 10 | — | 1 | 15 | — |
| Kleine Gerste | 1 | 7 | 6 | 1 | 12 | 6 |
| Hafer | — | 24 | — | — | 27 | — |
| Kocherbsen | 1 | 21 | 3 | 1 | 22 | 6 |
| Futtererbsen | 1 | 17 | 6 | 1 | 20 | — |
| Winterrübsen, Schfl. z. 16 Mtz. | — | — | — | — | — | — |
| Winterraps | — | — | — | — | — | — |
| Sommerrübsen | — | — | — | — | — | — |
| Sommerraps | — | — | — | — | — | — |
| Buchweizen | 1 | 10 | — | 1 | 11 | 3 |
| Kartoffeln | — | 14 | — | — | 15 | — |
| Butter, 1 Faß (4 Berl. Qrt.) | 2 | 5 | — | 2 | 15 | — |
| Roth. Klee, Ct. 100 Pfd. Z. G. | 9 | — | — | 11 | 15 | — |
| Weißer Klee dito | 15 | — | — | 19 | — | — |
| Heu, per 100 Pfd. Z. G. | — | — | — | — | — | — |
| Stroh, per 100 Pfd. Z. G. | — | — | — | — | — | — |
| Rüböl, Ct. z. 100 Pfd. Z. G. | — | — | — | — | — | — |

Die Markt-Kommission.

**Spiritus,** pr. 100 Quart, à 80 % Tralles.
1. Febr. 1862. 15 Thl. 25 Sgr — 16 Thl. — Sgr
3. " . . . 15 " 22½ " — 15 " 27½ "

Die Markt-Kommission
zur Feststellung der Spirituspreise.

**Wasserstand der Warthe:**
Posen am 2. Febr. Vorm. 8 Uhr 6 Fuß — Zoll.
" 3. " " " 6 " 4 "

## Produkten-Börse.

Berlin, 1. Febr. Wind: W. Barometer: 27 10⅛. Thermometer: früh + 3°. Witterung: regnigt.

Weizen loko 62 a 82 Rt.

Roggen loko 52¼ a 52¾ Rt., p. Jan.-Febr. 52½ a 52¾ Rt. bz. u. Gd., 53 Br., p. Febr.-März 52 a 52¼ Rt. bz., p. Frühjahr 51¼ a 51½ Rt. bz. u. Gd., 51⅝ Br., p. Mai-Juni 51½ a 51⅝ Rt. bz. u. Gd., 51¾ Br., p. Juni-Juli 52 Rt. bz.

Große Gerste 36 a 40 Rt.

Hafer loko 22 a 25 Rt., p. Jan.-Febr. 23 a $22\frac{11}{12}$ Rt. bz., p. Frühjahr 23½ Rt. bz., p. Mai-Juni 24 Rt. bz.

Spiritus loko ohne Faß 17⅛ Rt. bz., p. Jan.-Febr. $17\frac{7}{12}$ a $17\frac{5}{12}$ Rt. bz. u. Gd., 17½ Br., p. Febr.-März $17\frac{7}{12}$ a $17\frac{5}{12}$ Rt. bz. u. Gd., 17½ Br., p. März-April 17¾ Rt. Br., p. April-Mai 18 a $18\frac{1}{12}$ a 18 Rt. bz., Br. u. Gd., p. Mai-Juni 18¼ a 18⅓ a 18¼ Rt. bz. u. Gd., 18⅓ Br., p. Juni-Juli 18½ a $18\frac{7}{12}$ Rt. bz. u. Br., 18½ Gd., p. Juli-Aug. 18⅝ Rt. bz. u. Gd., 18⅞ Br., p. August-Sept. 19⅛ Rt. Br.

Weizenmehl 0. 5 a 5¼, 0. u. 1. 4¾ a 5 Rt. Roggenmehl 0. $3\frac{11}{12}$ a 4⅛, 0. u. 1. $3\frac{7}{12}$ a $3\frac{11}{12}$ Rt.
(B. u. H. Z.)

Breslau, 1. Febr. Heute Nacht Regen, der während des ganzen Tages anhielt. + 2°.

Feiner weißer Weizen 88—91 Sgr., mittelweißer und weißbunter 84—87 Sgr., f. gelber Schles. 88—91 Sgr., galizischer 80—83—86 Sgr., blauspitziger 70—75—80 Sgr.

Feiner Roggen 59—61 Sgr., mittler 57—58½ Sgr., ordinärer 55—56½ Sgr.

Gerste feine weiße und schwere 41—43 Sgr., helle 39—40 Sgr., gelbe 37—38½ Sgr.

Hafer 23—26½ Sgr. nach Qual. u. Gew. bz.

Erbsen feine Koch- 63—65 Sgr., mittele 58 bis 60 Sgr., Futter- 52—56 Sgr.

Winterraps 103—107—111 Sgr.

Kleesamen, feinrother 11¾-12½ Rt., feinmittel 10¾-11½ Rt., mittl. 9½-10½, ordin. 8—9 Rt., weißer fein. 18½—20 Rt., fein mittler 15—17½ Rt., mittler 13—14½ Rt., ordinärer 10—12½ Rt.

Kartoffel-Spiritus (pro 100 Quart zu 80 % Tralles) 16 Rt. Gd.

An der Börse. Roggen p. Febr. u. Febr.-März 45¼ bz. u. Gd., März-April 45½ Gd., April-Mai 45¾ bz., Mai-Juni 46 bz.

Rüböl loko $12\frac{1}{12}$ Br., a. Febr. u. Febr.-März 12 Br., März-April und April-Mai $12\frac{1}{12}$ Br., Sept.-Okt. 12¼ Br.

Spiritus loko $16\frac{1}{12}$ Gd., p. Febr. u. Febr.-März 16½ Br., April-Mai 17 Br., Mai-Juni 17⅛ Br. (Br. Hdlsbl.)

### Telegraphischer Börsenbericht.

Hamburg, 1. Februar. Weizen loko stille, ab Auswärts geschäftslos. Roggen loko unverändert ab Königsberg Frühjahr 86½—87½ geboten, 87—88 gehalten. Oel geschäftslos, Mai 26¾, Oktober 25¾. Kaffee fest, kleine Umsätze. Zink ohne Umsatz.

Liverpool, 1. Febr. Baumwolle: 5000 Ballen Umsatz. Preise fest.

## Fonds- u. Aktienbörse.

**Berlin, 1. Februar 1862.**

### Eisenbahn-Aktien.

| | | |
|---|---|---|
| Aachen-Düsseldorf | 3½ | 84 bz |
| Aachen-Mastricht | 4 | 24¾ bz |
| Amsterd. Rotterd. | 4 | 89½ bz |
| Berg. Märk. Lt. A. | 4 | 104⅝ bz |
| do. Lt. B. | 4 | 93½ bz |
| Berlin-Anhalt | 4 | 135-⅛ bz |
| Berlin-Hamburg | 4 | 115 G |
| Berl. Potsd. Magd. | 4 | 156¾ bz |
| Berlin-Stettin | 4 | 127 bz |
| Bresl. Schw. Freib. | 4 | 118½-20 bz |
| Brieg-Neiße | 4 | 56 bz |
| Cöln-Crefeld | 4 | — — |
| Cöln-Minden | 3½ | 166 bz |
| Cos. Oderb. (Wilh.) | 4 | 40¾ bz |
| do. Stamm-Pr. | 4½ | 85 G |
| do. do. | 4 | 88 B |
| Löbau-Zittauer | 5 | 29 bz u G |
| Ludwigshaf. Berb. | 4 | 130 B |
| Magdeb. Halberst. | 4 | 264 bz |
| Magdeb. Wittenb. | 4 | 45½-46 bz u B |
| Mainz-Ludwigsh. | 4 | 116½ bz |
| Mecklenburger | 4 | 56⅛-57-56⅞ bz |
| Münster-Hammer | 4 | 97 B |
| Neustadt-Weißenb. | 4½ | — — |
| Niederschles. Märk. | 4 | 98¾ G |
| Niederschl. Zweigb. | 4 | 49 bz |
| do. Stamm-Pr. | 4 | — — |
| Nordb., Fr. Wilh. | 5 | 59-⅛-58¾-59 bz u |
| Oberschl. Lt. A. u. C. | 3½ | 134 G [[G |
| do. Litt. B. | 3½ | 118 G |
| Oest. Franz. Staat. | 5 | 133¼ bz u B |
| Oppeln-Tarnowitz | 4 | 37½ bz |
| Pr. Wlh. (Steel-V) | 4 | 60 bz |

| | | |
|---|---|---|
| Rheinische, | 4 | 93⅞ bz |
| do. Stamm-Pr. | 4 | 98 G |
| Rhein-Nahebahn | 4 | 25½ G |
| Ruhrort-Crefeld | 3½ | 85 B |
| Stargard-Posen | 3½ | 91 bz |
| Thüringer | 4 | 112½ bz |

### Bank- und Kredit-Aktien und Antheilscheine.

| | | |
|---|---|---|
| Berl. Kassenverein | 4 | 115 G |
| Berl. Handels-Ges. | 4 | 79 etw bz |
| Braunschw. Bk. A. | 4 | 79 etw bz u G |
| Bremer do. | 4 | 101¾ G |
| Coburg. Kredit-do. | 4 | 66 bz |
| Danzig. Priv. Bk. | 4 | 97 bz |
| Darmstädter abgst. | 4 | 82-81¾ bz |
| do. Zettel-B. A. | 4 | 98 G |
| Dessauer Kredit-do. | 4 | 8⅝ bz |
| Dessauer Landesbk. | 4 | 25 bz u G |
| Disk. Comm. Anth. | 4 | 90¾-91½ bz |
| Genfer Kred. Bk. A. | 4 | 40¾-½ bz |
| Geraer do. | 4 | 75½ G |
| Gothaer Priv. do. | 4 | 74¼ etw bz |
| Hannoversche do. | 4 | 95¼ bz |
| Königsb. Priv. do. | 4 | 94½ G |
| Leipzig. Kredit-do. | 4 | 67½ G |
| Luxemburger do. | 4 | 88½ G |
| Magdeb. Priv. do. | 4 | 87½ G |
| Meining. Kred. do. | 4 | 81⅝ bz |
| Moldau. Land. do. | 4 | — — |
| Norddeutsche do. | 4 | 92¼ bz |
| Oestr. Kredit- do. | 5 | 69½-69-69¼ bz |
| Pomm. Ritt. do. | 4 | 84¾ B |
| Posener Prov. Bank | 4 | 94½ B |
| Preuß. Bank-Anth. | 4½ | 122½ bz |
| Rostocker Bank Akt. | 4 | 110¾ G |
| Schles. Bank Verein | 4 | 90½ bz |
| Thüring. Bank-Akt. | 4 | 55 G |
| Vereinsbank. Hamb. | 4 | 101½ G |
| Waaren-Kr.-Anth. | 5 | — — |
| Weimar. Bank-Akt. | 4 | 79-80 bz |

### Industrie-Aktien.

| | | |
|---|---|---|
| Dessau. Kont. Gas-A | 5 | 107 bz |
| Berl. Eisenb. Fabr. A. | 5 | 74 B |
| Hörder Hüttenv. Ak. | 5 | 74 G |
| Minerva, Bergw. A. | 5 | 26⅜ bz u G |
| Neustädt. Hüttenv. A | 5 | 7¾ bz |
| Concordia | 4 | 106½ bz u G |
| Magdeb. Feuervers. A | 4 | 435 G |

### Prioritäts-Obligationen.

| | | |
|---|---|---|
| Aachen-Düsseldorf | 4 | 90½ G |
| do. II. Em. | 4 | 89¼ G |
| do. III. Em. | 4½ | 97½ G |
| Aachen-Mastricht | 4½ | 69 bz |
| do. II. Em. | 5 | — — |
| Bergisch-Märkische | 5 | 101½ bz [103¾ G |
| do. II. Ser. | 5 | 101⅛ bz (II. 55) |
| do. III. S. 3½ (R. S.) | 3½ | 84⅜ G, IV. 104½ |
| do. Düsseld. Elberf. | 4 | 92 bz [G |
| do. II. Em. | 5 | — — |
| do. III. S. (D. Soest) | 4 | 91¾ G |
| do. II. Ser. | 4½ | 99 bz |
| Berlin-Anhalt | 4 | 99½ G |
| do. | 4½ | 102¼ B |
| Berlin-Hamburg | 4½ | 103 G |
| do. II. Em. | 4½ | — — |
| Berl. Pots. Mg. A. | 4 | 96¼ bz, B. 97¼ G |
| do. Litt. C. | 4½ | 102¼ bz |
| do. Litt. D. | 4½ | 101¾ B |
| Berlin-Stettin | 4½ | — — |
| do. II. Em. | 4 | 94⅜ bz |
| do. III. Em. | 4 | 94⅜ [G] |
| Bresl. Schw. Freib. | 4½ | 101 G |
| Brieg-Neißer | 4½ | — — |
| Cöln-Crefeld | 4½ | 98 B |
| Cöln-Minden | 4½ | 102½ G |
| do. II. Em. | 5 | 104¼ G |
| do. | 4 | 94¾ bz |
| Cöln-Minden III E. | 4 | 92 bz |
| do. | 4½ | 101¼ bz |
| do. IV. Em. | 4 | 91 bz |
| Cos. Oderb. (Wilh.) | 4 | 88 G |
| do. III. Em. | 4½ | 95 G |
| Magdeb. Halberst. | 4½ | 102¾ B |
| Magdeb. Wittenb. | 4½ | 99 G |
| Niederschles. Märk. | 4 | 97½ bz |
| do. conv. | 4 | 97 G |
| do. conv. III. Ser. | 4 | 95¼ G |
| do. IV. Ser. | 5 | 102¼ G |
| Nordb., Fried. Wilh | 4½ | 102 G |
| Oberschles. Litt. A. | 4 | 97½ G |
| do. Litt. B. | 3½ | 86½ G, C. — — |
| do. Litt. D. | 4 | 95¼ bz |
| do. Litt. E. | 3½ | 84¼ bz |
| do. Litt. F. | 4½ | 101 G |
| Oestreich. Französ. | 3 | 266 u 65½ bz |
| Prinz-Wilh. I. Ser. | 5 | 102¼ G II. 102¼ G |
| do. III. Ser. | 5 | 102 G |
| Rheinische Pr. Obl. | 4 | 92¼ G |
| do. v. Staatgarant. | 3½ | 86¾ G |
| Rheinische Pr. Obl. | 4½ | 97½ bz |
| Rh. Nhe-Pr. v. St. g | 4½ | 100 bz, II. 100 bz |
| Ruhrort-Crefeld | 4½ | 98¾ B |
| do. II. Ser. | 4 | — — |
| do. III. Ser. | 4½ | — — |
| Stargard-Posen | 4 | — — |
| do. II. Em. | 4½ | — — |
| do. III. Em. | 4½ | — — |
| Thüringer | 4½ | 102¼ G, II. — — |
| do. III. Ser. | 4½ | 102 G |
| do. IV. Ser. | 4½ | 102 G |

### Preußische Fonds.

| | | |
|---|---|---|
| Freiwillige Anleihe | 4½ | 103⅛ G |
| Staats Anl. 1859 | 5 | 108 bz |
| do. | 4½ | 103¼ bz |
| do. 1856 | 4½ | 103¼ bz |
| do. 1853 | 4 | 99¾ bz |
| N. Präm St A 1855 | 3½ | 122 bz |
| Staats-Schuldsch. | 3½ | 90 bz |
| Kur- u Neum. Schldv | 3½ | 89½ bz |
| Berl. Stadt-Oblig. | 4½ | 103½ G |
| do. do. | 3½ | 88¾ bz |
| Berl. Börsenh. Obl. | 5 | 106 bz |
| Pfandbriefe: Kur- u. Neumärk. | 3½ | 93 bz |
| do. | 4 | 101 G |
| Ostpreußische | 3½ | 88¾ B |
| do. | 4 | 98½ G |
| Pommersche | 3½ | 91½ bz |
| do. neue | 4½ | 100⅞ bz |
| Posensche | 4 | 103¼ G |
| do. | 3½ | 98 G |
| do. neue | 4 | 96¼ B |
| Schlesische | 3½ | 94⅛ G |
| V. Staat gar. B. | 3½ | — — |
| Westpreußische | 3½ | 87¾ bz |
| do. | 4 | 98¾ bz, neue 96 G |
| Rentenbriefe: Kur- u. Neumärk. | 4 | 99⅞ bz |
| Pommersche | 4 | 99⅝ bz |
| Posensche | 4 | 97⅝ bz |
| Preußische | 4 | 99⅜ G |
| Rhein- u. Westf. | 4 | 99½ G |
| Sächsische | 4 | 99⅞ bz |
| Schlesische | 4 | 100¼ B |

### Ausländische Fonds.

| | | |
|---|---|---|
| Oestr. Metalliques | 5 | 49¼ bz u B |
| do. National-Anl. | 5 | 60-59⅞ bz |
| do. 250fl. Präm. O. | 4 | 65½ B |
| do. neue 100fl. Loose | — | 60½ B |
| Russische: 5. Stieglitz-Anl. | 5 | 85¼ G |
| 6. do. | 5 | 98¾ B |
| Englische Anl. | 5 | 96 B [4½% |
| N. Russ. Egl. Anl. | 3 | 59 B [90 G |
| Poln. Schatz-O. | 4 | 80 bz |
| Polnische: Cert. A. 300 Fl. | 5 | 94½ G |
| do. B. 200 Fl. | — | 23½ G |
| Pfdbr. u. in S R. | 4 | 34⅝ bz |
| Part. O. 500 Fl. | 4 | 92 G |
| Oestr. 5proz. Loose | 5 | Verloosung |
| Hamb. Pr. 100 BM | — | 101 G |
| Kurh. 40 Thlr. Loose | — | 55½ bz |
| Neue Bad. 35 Fl. do. | — | 31¾ bz |
| Dessau. Präm. Anl. | 3½ | 102¼ etw bz |
| Schwed. Präm. An. | — | 90 G |

### Gold, Silber und Papiergeld.

| | | |
|---|---|---|
| Friedrichsd'or | — | 113½ bz |
| Gold-Kronen | — | 9. 6¼ G |
| Louisd'or | — | 109¾ bz |
| Sovereigns | — | 6. 21 B |
| Napoleonsd'or | — | 5. 10½ B |
| Gold pr. Z. Pfd. f. | — | Imp. 458½ G |
| Dollars | — | 1. 11⅜ B |
| Silb. pr. Z. Pfd. f. | — | 29. 21 G |
| K. Sächs. Kass. A. | — | 99½ G |
| Fremde Banknot. | — | 99⅛ G |
| do. (einl. in Leipzig) | — | 99⅞ bz |
| Oestr. Banknoten | — | 72¼ bz |
| Poln. Bankbillet | — | 84¼ G |
| Russische do. | — | 84⅛ bz |

### Wechsel-Kurse vom 1. Februar.

| | | |
|---|---|---|
| Amsterd. 250fl. kurz | 3 | 142⅝ bz |
| do. 2 M. | 3 | 141⅞ bz |
| Hamb. 300 Mk. kurz | 2½ | 151 bz |
| do. do. 2 M. | 2½ | 150½ bz |
| London 1 Lstr. 3 M. | 4 | 6. 20⅝ bz |
| Paris 300 Fr. 2 M. | 3 | 79⅜ bz |
| Wien öst. W. 8 T. | — | 72⅛ bz |
| do. do. 2 M. | 5½ | 71⅜ bz |
| Augsb. 100 fl. 2 M. | 3 | 56. 26 bz |
| Frank. 100 fl. 2 M. | 3½ | 56. 28 bz |
| Leipzig 100 Tlr. 8 T. | 4 | 99⅝ bz |
| do. do. 2 M. | 4 | 99⅛ bz |
| Petersb. 100 R. 3 W. | 7 | 92⅞ bz |
| do. do. 3 M. | 7 | 91⅜ bz |
| Bremen 100 Tlr. 8 T. | 3½ | 109⅞ bz |
| Warschau 90 R. 8 T. | 5 | 84 bz |

Wir eröffnen den Monat mit einer für alle inländischen Effekten und auch für einen großen Theil der leichten Spekulationspapiere belebten und festen Börse.

**Breslau,** 1. Febr. Die Börse war mit Bahnen fest von denen namentlich Freiburger höher bezahlt wurden; östreich. Effekten wenig verändert.

Schlußkurse. Diskonto-Komm.-Anth. —. Oestr. Kredit-Bank-Aktien 69¼—69 bz. Oestr. Loose 1860 64 Br. Posener Bank —. Schlesischer Bankverein 90½ Br. Breslau-Schweidnitz-Freiburger Akt. 119½ Gd. dito Prior. Oblig. $95\frac{5}{12}$ Br. dito Prior. Oblig. Lit. D. 100¾ Gd. dito Prior. Oblig. Lit. E. 100¾ Gd. dito Prior. Oblig. 91¼ Br. Neisse-Brieger 55½ Gd. Oberschlesische Lit. A. u. C. 133½ Gd. dito Lit. B. 116¾ Gd. dito Prior. Oblig. $95\frac{1}{12}$ Gd. dito Prior. Oblig. Lit. F. 101½ Br. dito Prior. Oblig. Lit. E. 84¾ Br. Oppeln-Tarnowitzer 37¾ Br. Kosel-Oderb. 41 Br. dito Prior. Obl. 87¾ Gd. dito Prior. Obl. 82¾ Gd. dito Stamm-Prior. Oblig. 87¾ Br.

## Telegraphische Korrespondenz für Fonds-Kurse.

**Frankfurt a. M.,** Sonnabend 1. Febr., Nachm. 2 Uhr 30 Min. In östreichischen Spekulationspapieren einiger Umsatz zu theilweise besseren Kursen. Kurhessische Loose merklich höher bezahlt.

Schlußkurse. Staats-Prämien-Anleihe 122½. Preuß. Kassenscheine 104⅞. Ludwigshafen-Berbach 130½. Berliner Wechsel 104¾. Hamburger Wechsel 87½. Londoner Wechsel 117¼. Pariser Wechsel 93¼. Wiener Wechsel 84⅜. Darmstädter Bankaktien 205. Darmstädter Zettelbank 246. Meininger Kreditaktien 81¼. Luxemburger Kreditbank 92½. 3% Spanier 47⅝. 1% Spanier 42. Span. Kreditbank Pereira —. Span. Kreditbank v. Rothschild —. Kurheff. Loose 55⅞. Badische Loose 55¼. 5% Metalliques 47¾. 4½% Metalliques 42⅜. 1854er Loose 61⅞. Oestr. National-Anlehen 58½. Oestr. Franz. Staats-Eisenbahn-Aktien 240. Oestr. Bankantheile 654. Oestr. Kreditaktien 161. Neueste östreichische Anleihe Ziehung. Oestr. Elisabethbahn 110½. Rhein-Nahebahn 24⅞. Hessische Ludwigsbahn 117

**Hamburg,** Sonnabend 1. Februar, Nachm. 2 Uhr 30 Min. Hauptgeschäft in Friedrich-Wilhelm-Nordbahn-Aktien, die bis 59½ bezahlt wurden.

Schlußkurse. Oestr. Franz. Staatsbahn —. National-Anleihe 59½. Oestr. Kreditaktien 68. 3% Spanier 45. 1% Spanier 40½. Stieglitz de 1855 —. 5% Russen —. Vereinsbank 101⅞. Norddeutsche Bank 93¼. Magdeburg-Wittenberg —. Nordbahn 59½. Diskonto —.

**London,** Sonnabend, 1. Febr., Nachmittags 3 Uhr. Silber 61½—61⅝. Wetter windig, doch schön.

Konsols 92⅞. 1proz. Spanier 43. Mexikaner 32⅞. Sardinier 77½. 5proz. Russen 101½. 4½proz. Russen 91.

Die Dampfer „Australasian", „Bohemian", „Kangaroo" sind aus Newyork eingetroffen.

Der Dampfer „Saxonia" ist am 16. Januar in Newyork angekommen.

**Paris,** Sonnabend 1. Februar, Nachmittags 3 Uhr. Die Rente eröffnete pr. Liquidation zu 71, 15, hob sich auf 71, 20, und wurde schließlich zu 71, 05 gehandelt. Per Ende Februar begann die 3% zu 71, 40, hob sich auf 71, 45 und schloß träge zur Notiz. Konsols von Mittags 12 Uhr waren 93 eingetroffen.

Schlußkurse. 3% Rente 71, 40. 4½% Rente 99, 30. 3% Spanier 46½. 1% Spanier 42¼. Oestr. Staats-Eisenbahn-Akt. 501. Oestr. Kreditaktien —. Credit mobilier Akt. 745. Lomb. Eisenb. Akt. 540.

**Amsterdam,** Freitag 1. Febr., Nachm. 4 Uhr. Ziemlich lebhaftes Geschäft.

5proz. östr. Nat. Anl. 55⅞. 5% Metalliques Lit. B. 69⅞. 5proz. Metalliques 46. 2½proz. Metalliques 24¼. 1proz. Spanier 43. 3proz. Spanier 47½. 5proz. Russen 80. 5proz. Stieglitz de 1855 92½. Mexikaner 32½. Holländische Integrale 63⅞.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Schladebach in Posen. — Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.